Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Fernsprecher: Schriftleitung: Amt Lützow 3394; Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248
Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Maßzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Maßreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 55. [56. Jahrgang.] Sonntag den 25. Februar 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 55.

Berlin, den 24. Februar.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 24. Februar 1917, abends. (W. T. B.) Von keiner Front sind größere Kampfhandlungen gemeldet.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 24. Februar. Amtlich wird verlautbart: Auf allen drei Kriegsplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

U-Booterfolge.

Cöln, 24. Februar. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Der französische Marineminister gibt die Versenkung des Postdampfers „Athos" bekannt. Er wurde im Mittelmeer torpediert. An Bord befanden sich senegalische Schützen, die nach Frankreich gebracht werden sollten.

Anmerkung: Der Dampfer „Athos" gehörte den Massageries Maritimes und maß 12 644 Brutto-Register-Tonnen.

Amsterdam, 24. Februar. Nach englischen Blättern werden die folgenden Schiffe von Lloyds als vermißt angegeben: Dampfer „Bayreaulx" (3000 t) aus London und die britischen Segler „Baltic", „Brocklesby" und „Columbia". Der norwegische Dampfer „Mauranger (1024 t) ist sehr stark überfällig, der spanische Dampfer „Josefa Raich" (2654 t) ist gesunken.

Rotterdam, 23. Februar. Auf der Börse wurde heute berichtet, daß die norwegische Bark „Falls of Afton" (1965 Br.-Reg.-To.) im Kanal von einem deutschen U-Boot zum Sinken gebracht wurde.

Rotterdam, 24. Februar. Nach einem bei der Direktion des Rotterdamschen Lloyd eingetroffenen Telegramm scheint auch der Dampfer „Menado" (5874 To.) torpediert worden zu sein. Besatzung und Passagiere wurden gerettet und auf den Scilly-Inseln gelandet. Der Dampfer treibt noch und wird nach Falmouth geschleppt.

London, 24. Februar. Lloyds meldet, daß der englische Dampfer „Grenadier" (1004 To.) versenkt wurde. Der Kapitän und 6 Mann der Besatzung wurden getötet. Der englische Dampfer „Trojan Prince" (3196 To.) wurde versenkt.

Bern, 24. Februar. „Progrès de Lyon" meldet aus Marseille, der japanische Dampfer „Hankoku Maru" sei am 21. Dezember bei Cefu (?) untergegangen; es sei wenig Hoffnung, daß von seinen 350 Fahrgästen, darunter zwei Amerikanern, jemand gerettet worden sei.

Zur Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda".

Berlin, 24. Februar. Die Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda", über die am 16. Februar berichtet wurde, ist, wie die Untersuchung ergeben hat, zu Unrecht erfolgt. Es ist anzunehmen, daß die Eigentümer von Schiff und Ladung für ihren Verlust schadlos gehalten werden.

Holländische Schiffe im Sperrgebiet.

Haag, 24. Februar. Der Minister des Innern hat die Nachricht von dem niederländischen Gesandten in London erhalten, daß nach einem Telegramm von den Scillyinseln die niederländischen Schiffe „Noorderdijk" (7100 t), „Zaandijk" (4189 t), „Jacatra" (5373 t), „Bandoeng" (5851 t), „Eemland" (3770 t) und „Gaasterland" (3900 t), die am 22. Februar gemeinsam von Falmouth abgefahren waren, um 5 Uhr nachmittags desselben Tages von einem deutschen Unterseeboot torpediert wurden.

Bei der Direktion der Holland-Amerika-Linie ist die Nachricht eingetroffen, daß die Besatzungen der Dampfer „Noorderdijk" und „Zaandijk" gerettet und in St. Mary auf den Scillyinseln gelandet wurden. Die Dampfer „Eemland" und „Bandoeng" treiben noch. Von den Besatzungen sind 200 Mann in Penzance gelandet worden; auch der Rest der Besatzungen dürfte in Sicherheit sein.

Ein Amerikaner an Bord des „Athos".

Washington, 23. Februar. (Reuters Bur.) Der amerikanische Konsul in Malta hat dem Staatsdepartement telegraphiert, daß der amerikanische Missionar Robert Haden aus Futschau (China) ertrunken ist, als der Dampfer „Athos" am 17. Februar ohne Warnung von einem Unterseeboot versenkt wurde.

Eine denkwürdige U-Bootdebatte im englischen Oberhause.

Sicherlich hat das englische Publikum am Mittwoch, den 14. Februar, mit Spannung die Zeitung erwartet, die den Wortlaut der U-Bootdebatte im englischen Oberhaus vom Dienstag nachmittag bringen mußte. Sehr zweifelhaft aber darf es erscheinen, ob es die erwartete Beruhigung über die Unterseebootgefahr aus dieser Debatte hat mitnehmen können, besonders wenn einsichtige englische Leser den zugrunde liegenden Tatsachen dieser Debatte mehr Beachtung geschenkt haben als den üblichen hochtönenden Phrasen der verehrten Lords. An solchen Phrasen hat es selbstverständlich auch dieses Mal nicht gefehlt. So zum Beispiel, wenn Lord Lytton, der für die englische Admiralität sprach, erklärte: „Wir sind die eigentliche Seepolizei der ganzen Welt!" Ein merkwürdiges Wort, wenn man es der vorhergehenden Angabe aus der Rede von Lord Beresford gegenüberstellt, der erklärte, daß — trotz der englischen Seepolizei — über vier Millionen Tonnen Frachtraum seit Beginn des Krieges den Verbündeten und neutralen Ländern verloren gegangen seien.

Zu den gleichen Phrasen gehört auch die unter dauernder Versicherung, daß man alle Einzelheiten streng geheimhalten müsse, von verschiedenen Regierungsrednern abgegebene Erklärung, man habe Mittel und Wege gefunden, um der Unterseebootgefahr wirksam zu begegnen. Schon einmal ist das englische Publikum nach dieser Richtung enttäuscht worden. So mußte Lord Beresford in seiner Rede erklären: „Im August 1915 hat Lord Selborne auf einer landwirtschaftlichen Versammlung die Erklärung abgegeben, daß man der Unterseebootgefahr Herr geworden sei, aber die Zahl der Schiffe, welche damals und mehrere Wochen später versenkt wurden, zeigte, daß man der Gefahr doch nicht Herr geworden war."

Schon oft haben es die Engländer so gemacht: ist eine mit großen Versprechungen angekündigte Maßnahme mißglückt, so wird der Mißerfolg später offen zugegeben, aber dann an ihn sofort die Bemerkung geknüpft, daß nunmehr das „große Mittel" gefunden sei, um wirklich das Versprochene einzulösen. Diese Taktik scheint auch diesmal den englischen Rednern vorzuschweben. Aber auch hier verwickelte sich der Redner der Admiralität in Widersprüche. Während er einerseits „beruhigende" Andeutungen darüber machen wollte, daß man die Unterseebootgefahr meistern werde, mußte er anderseits erklären, „daß der endgültige Erfolg in dieser letzten Phase des Krieges von dem Maße abhängig würde, bis zu dem die Regierung sich die Zusammenarbeit und die Selbstaufopferung der bürgerlichen Bevölkerung würde sichern können." Wenn die englischen Regierungsvertreter wirklich der Ansicht wären, daß man die Unterseebootgefahr durch neue technische Mittel meistern könne, dann brauchten sie nicht einen so dringenden Appell an die Selbstaufopferung der englischen Bevölkerung zu richten; denn bei einer solchen Meisterung des U-Bootkrieges würde ja die Zufuhr nach wie vor nach England möglich bleiben, und eine Veränderung in der Versorgung der Bevölkerung nicht eintreten. Wenn man es aber für nötig hält, schon heute darauf zu verweisen, daß nur unter stärkster Anspannung der Opferwilligkeit der gesamten Bevölkerung die wachsenden Nöte und Nahrungsmittelschwierigkeiten zu ertragen, der Endsieg Englands zu erreichen wäre, so deutet dies doch darauf hin, daß man an eine wirksame Ablenkung der Gefahr in englischen Regierungskreisen nicht mehr glaubt und sich nur noch auf die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung verläßt. Hiermit stimmt auch überein, daß ein anderer Redner in jener Debatte, Lord Curzon, davon sprach, daß England „die größte Gefahr zu überwinden habe, die dem Lande jemals seit den Napoleonischen Kriegen begegnet sei."

Wie groß diese Gefahr in Wirklichkeit für England ist, ergibt sich am allerdeutlichsten aus einer kritischen Betrachtung der von den einzelnen Rednern gegebenen Ziffern. So führte Lord Curzon aus, daß von der gesamten englischen Tonnage „75% der Handelsflotte für die Zwecke der Marine und des Meeres, sowohl Englands wie seiner Alliierten, verwandt würden, und daß die übrig bleibenden 25% der Versorgung der Zivilbedürfnisse des Landes dienten." Es würde sich unter Zugrundelegung der letzten Ziffern von Lloyds für das Jahr 1916 ergeben, daß der Zivilbevölkerung Englands für die Bestreitung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse heute nur noch ein Frachtraum von zirka 5 125 000 t zur Verfügung steht. Nun hat in derselben Debatte Lord Beresford angegeben, daß in den letzten sieben Tagen (also in der Zeit vom 6. bis 13. Februar) 150 000 t Frachtraum verloren gegangen seien, von denen 105 000 t englisch waren. — Dies würde also auf den Tag 15 000 t, im Monat 450 000 t ausmachen, d. h. also annähernd 9% des verfügbaren britischen Frachtraumes. Es würde also unter Zugrundelegung dieser Ziffer für die Versorgung Englands in 6 Monaten nur noch die Hälfte des heute verfügbaren Frachtraumes vorhanden sein. Es ist auch zu bedenken, daß die Ziffer für England noch ungünstiger würde, wenn man, wie es Lord Lytton in seiner Rede tut, von den Schiffen über 1600 t ausgeht, welche im ganzen einen Tonnengehalt von 16 Millionen, also für die Zivilbevölkerung nur einen solchen von 4 Millionen repräsentieren, eine Ziffer, welche man um so eher in die Berechnung einstellen kann, als die Durchschnittsgröße der von uns versenkten Handelsschiffe sicher zwischen 1500 und 2000 t pro Schiff bewegen dürfte.

Charakteristisch war endlich an der Debatte die häufige Einflechtung von Bemerkungen wie: „Wenn wir nur kühl bleiben und uns auf die Marine verlassen" (Lord Curzon) oder: wenn die Regierung dem Volke von vornherein mitteile, welche Opfer noch zu bringen seien, „so würde keine Panik entstehen". Dergleichen Bemerkungen zeigen doch, daß es in den Gemütern der englischen Minister und der ersten parlamentarischen Redner nicht so ruhig aussieht, wie man es nach außen hin scheinen lassen möchte. Von den schönen Reden wird jedenfalls das „Kühlbleiben" des englischen Volkes nicht abhängen; die Tatsachen werden bald eine andere Sprache reden wie die Herren des englischen Oberhauses.

Die Schwierigkeiten in England.

Rotterdam, 22. Februar. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Das Unterhaus war gestern dicht besetzt, und Lloyd George wurde freundlich empfangen. Seine Rede, die 1½ Stunden dauerte, fand wiederholt lauten Beifall. Nach dem Premierminister sprach der Unionist Mason. Er sagte, die Zahl der abgefahrenen und angekommenen Schiffe gäbe keinen Anlaß zu gesetzgeberischen Panikmaßregeln und zu einer so drastischen Einmengung in die englische Einfuhr. Da Asquith nicht bei Stimme war, sprach an seiner Stelle Runciman. Er sagte, man sei sich des Mangels an Schiffsraum nur langsam bewußt geworden. Dei Menschen dächten mehr an die Gewinne der Reeder. Die Beschränkung der Papiervorräte werde für alle wenig kapitalkräftigen Zeitungsunternehmungen einen völlig sicheren Untergang bedeuten. Die Regierung sollte die Aufstapelung von Papier durch eine oder zwei große Unternehmungen verhindern und für eine gerechte Verteilung Sorge tragen. Runciman fuhr fort, daß die von Lord Devonport festgesetzten Rationierungen vielfach nicht beachtet würden. Wenn das Land den Verbrauch nicht einschränke, werde großer Mangel eintreten, ehe die neue Ernte eingebracht sei, und die Bevölkerung werde sich vielleicht einer viel weiter gehenden zwangsmäßigen Rationierung zu unterwerfen haben. Die Maßregeln der Regierung zur Beschränkung der nicht durchaus notwendigen Einfuhr halte er für gerechtfertigt. Die Regierung sollte auch in den Häfen und bei den Eisenbahnen ausreichend Leute einstellen, um eine raschere Verteilung der Waren zu ermöglichen und die Schiffe rascher zu löschen. Runciman warnte davor, der Landwirtschaft zu viel Arbeitskräfte zu entziehen. Sie seien notwendig und könnten nicht durch ungeschulte Kräfte ersetzt werden. Prothero müsse dieselbe Machbefugnis haben wie seinerzeit Lloyd George als Munitionsminister. Wenn die Landwirte 5 Millionen Quarters Weizen mehr produzieren können, so würde er ihnen nicht nur gern 60 Schilling pro Quarter garantieren, sondern auch 70.

Christiania, 24. Februar. Der militärische Mitarbeiter von „Morgenbladet" bespricht Artikel Bartletts in der „Times" und Frasers in der „Daily Mail" über den Ernst der Lage auf dem Kriegsschauplatz sowie zur See infolge des U-Bootkrieges. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man also nicht nur in den neutralen Ländern Schwierigkeiten habe, die Kriegslage so optimistisch anzusehen, wie General Haig, sondern daß auch in England selbst erfahrene Fachleute sie mit beträchtlichem Mißtrauen ansähen.

Frankreichs Wirtschaftsnöte.

In einem Privatbrief, den ein in Frankreich lebender Belgier Ende Januar einem holländischen Bekannten schrieb, werden über Frankreichs Wirtschaftsnöte folgende Mitteilungen gemacht:

„Das Leben in Paris gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger, selbst sehr wohlhabende Leute können sich keine Heizmaterialien mehr verschaffen, und in vielen Familien geht man daher schon um 6 Uhr abends zu Bett. Besonders fühlbar macht sich der Mangel an Pferden und Fuhrwerken, letzteres auch auf dem Lande und in den Provinzstädten, da die Militärbehörde alles irgendwie Brauchbare zum Dienst aushebt. England macht Schwierigkeiten, Pferde nach Frankreich zu verladen, indem es vorgibt, das nach dort gesandte Pferdematerial für die eigene Armee zu benötigen.

Ein Dutzend frische Eier kosten 12,50 Fr., ein Pfund Butter 5 bis 6 Fr., Milch 0,65 bis 0,75 Cts. das Liter, ein Paar Schuhe 100 bis 125 Fr. Eine möblierte Wohnung, die vor dem Kriege zu 150 Fr. zu haben war, wird heute mit 370 Fr. vermietet, und selbst diese Preise drohen noch weiter in die Höhe zu gehen.

Aus Anlaß des Kohlenmangels, der teueren Lebensmittel und der Ausbeutung der mittleren Klassen der Bevölkerung haben Unruhen stattgefunden, bei denen Blut geflossen ist und es viele Verwundete gab. Man ist sehr unzufrieden mit der Regierung und den öffentlichen Verwaltungen, welche andauernd Abhilfe und Besserungen zusagen, während sich in Wahrheit die Lage täglich verschlimmert."

Frankreich vor einer Hungersnot.

Bern, 24. Februar. Nach den Lyoner Blättern hat die französische Kammer gestern die Interpellation der Deputierten Tacaut Durand und Brun wegen Verzögerung der Entlassung der Ackerbauer der Jahresklassen 88/89 aus der Front und beiden Jahresklassen entlassen worden, aber ihre Entlassung für unbedingt notwendig, da Frankreich vor einer Hungersnot stehe. Unterstaatssekretär Besnard erklärte, aus dem Heeresgebiet seien bisher 800 Ackerbauer der beiden Jahresklassen entlass enworden, aber ihre Entlassung durch die Ersatztruppen könne nicht schneller gehen. (Zwischenrufe: Ganz wie bei den Kohlen!) Die Militärbehörden hätten dabei große technische Schwierigkeiten, jedoch würden demnächst viele Ackerbauer freigegeben werden. Tacaud und Raffins Dugens bedauerten, daß die Regierung sich keinen Gehorsam verschaffen könne; ihre Anordnungen in dieser Sache würden von den Militärbehörden oft nur im Maßstabe 5:100 befolgt. Der Unterstaatssekretär für Munition, Thomas, erklärte, die geforderte Entlassung der Ackerbauer aus den Kriegswerkstätten zum 1. März für unannehmbar; sie seien für die stark vermehrte Herstellung chemischer Produkte besonders ausgebildet worden und z. B. durch Kolonialarbeiter nicht ersetzbar. Die Regierung erklärte durch Besnard, sie könne nur die Tagesordnung Tacaud annehmen, welche die Entlassung aller Ackerbauer auf den 10. März festsetze. Diese Tagesordnung wurde mit 360 gegen 114 Stimmen abgelehnt und eine andere, nach welcher die Regierung die Ackerbauer von 1888/89 aus der Front vor dem 1. März, aus den Werkstätten vor dem 10. März entlassen soll, mit 426 gegen 2 Stimmen angenommen und weiter beschlossen, daß die Entlassenen nicht erst in die Depots zurückgeschickt werden sollen.

Die Getreidevorräte Italiens.

Bern, 23. Februar. Nach einem im „Corriere delle Puglie" veröffentlichten Rundschreiben des Provinzialschulrates von Bari reichen die Getreidevorräte Italiens nicht einmal bis zum Juni. Der allgemeine Kohlenmangel macht sich, weiteren Meldungen zufolge, sogar bereits in den italienischen Munitionsfabriken fühlbar.

Erhöhung der Sätze für Seeversicherung.

Lugano, 23. Februar. Die Sätze für Seeversicherung wurden von den italienischen Gesellschaften auf 7% erhöht; von der Regierung wurde die Erlaubnis gegeben, sie nötigenfalls zu überschreiten. Vor dem Kriege betrugen die Sätze 2%.

Rohstoffmangel und Kohlennot in Norwegen.

Christiania, 24. Februar. Die Zeitung „Verdensgang" meldet von den großen Schwierigkeiten, für die norwegischen Fabriken Rohstoffe zu bekommen, nicht nur wegen der deutschen U-Bootsperre, sondern vor allem infolge der englischen Handelsblockade; diese werde immer schärfer, sodaß norwegische Fabrikanten gekaufte und bezahlte große Vorräte in englischen Häfen liegen hätten, deren Freigabe die englischen Behörden verweigerten. Zufolge Mitteilungen an Bergener Einfuhrhändler hat Amerika die Eisenausfuhr gesperrt. Wegen der immer ernster werdenden Folgen der Kohlennot bereitet die Stadtverwaltung von Christiania die Massenspeisung in Volksküchen vor, wobei mit 100 000 Notleidenden gerechnet wird. „Tidenstegn" veranschlagt die Anzahl Arbeitsloser in Norwegen infolge Betriebseinstellung zahlreicher Fabriken wegen Kohlenmangels auf bereits über 2000.

Christiania, 24. Februar. Die Hoffnung, Schiffsraum für die Kohlenzufuhr aus England zu beschaffen, ist „Morgenbladet" zufolge zunichte geworden, da auf die Aufforderung der staatlichen Frachtzentrale an die Reeder bisher nur 7 bis 8 Schiffe angemeldet worden seien, von denen einige überhaupt erst nach Beendigung ihrer Pflichtreisen verfügbar würden. Das Blatt „Socialdemokraten" bezeichnet eine mögliche Einfuhr genügend großer Kohlenmengen aus Amerika wegen der hohen Frachten als unrentabel, eine solche aus England wegen des gefahrvollen Transports infolge der U-Boottätigkeit als unsicher.

Die begrenzten Zufuhren nach Dänemark.

Kopenhagen, 24. Februar. Infolge der wachsenden Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Zufuhren nach Dänemark errichteten die Großhändlervereinigung und der Industrierat, die bisher die Kontrolle über die bestehenden Handelsabkommen mit den kriegführenden Mächten ausübten, einen gemeinsamen Ausschuß für Handel, Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt, dessen Aufgabe es ist, die begrenzten Zufuhren in einer für das Land zweckentsprechenden Weise auszunutzen, teilweise unter Mitwirkung der Regierung.

Der Tauchbootkrieg und die Salonikiexpedition.

Sofia, 23. Februar. „Echo de Bulgarie" schreibt:

„Durch den Tauchbootkrieg tritt der abenteuerliche Charakter der Salonikier Ententeexpedition deutlich hervor. Nach allen bisherigen Mißerfolgen Sarrails wird die Lage seiner Truppen um so ungünstiger, als sie aus dem ausgesogenen Mazedonien keine Lebensmittel beziehen können und bloß auf den Seeweg angewiesen sind. Anstatt einen Machtfaktor zu bilden, wird die Armee Sarrails für die Regierungen der Entente zu einer Quelle neuer Verlegenheiten. Zu einer ernsteren Aktion unfähig, wird die Armee Sarrails, wenn es den Tauchbooten gelingt, sie von ihrer Basis gänzlich abzuschneiden, dem sicheren Untergang geweiht sein. Die neuere Bewegung der Ententediplomatie in Athen scheint bereits die Bangigkeit zu verraten, die sich Briands, des berühmten Urhebers der Balkanexpedition, bemächtigt hat. Jedenfalls hat der Tauchbootkrieg der Armee Sarrails einen schweren Schlag versetzt, indem er die von der Entente ersehnte Einheit der Fronten zerstört hat."

Die Tätigkeit der schwedischen Kriegsversicherungskommission.

Stockholm, 24. Februar (Meldung des Svenska Telegrambyran.) In der Zweiten Kammer des Reichstags interpellierte Baron Adelswaerd (liberal) den Staatsminister über die Tätigkeit der Kriegsversicherungs-Kommission nach der Erweiterung des deutschen U-Bootkrieges, da die Kommission seit dem 1. Februar die Versicherung von Schiffen mit nach Frankreich und England bestimmten Ladungen verweigerte. Der Staatsminister erklärte hierzu:

„Die Kommission mußte eine abwartende Haltung einnehmen, bis es möglich war, die Größe des Risikos zu berechnen, zumal da sie kein Recht hatte, ohne Ermächtigung des Reichstags die Prämien zu erhöhen. Die Kommission hatte trotzdem eine große Zahl nach dem 6. Februar eingereichter Versicherungsgesuche bewilligt, besonders mit Rücksicht auf die Einfuhr von Waren von vitaler Bedeutung für das Land, wie Lebensmittel und Steinkohle. Es wurde alles Mögliche getan, um die Versicherungen auch für die Fahrt durch die Gefahrenzone zu bewilligen. Inbezug auf Weine und andere Luxusartikel wurde strenger verfahren. Neue Versicherungen für die Fahrt von England wurden indessen in mehreren Fällen bewilligt. Fast alle in ausländischen Häfen liegenden nach Schweden bestimmten Schiffe sind schon im voraus für die Rückreise versichert."

Der Staatsminister zog einen Vergleich mit den Maßnahmen anderer Länder in der Versicherungsfrage. Die Andeutung des Interpellanten, daß die Regierung durch ihr Verhalten in der Versicherungsfrage größere Rücksicht gegenüber dem einen als dem anderen Kriegführenden gezeigt habe, verdiene keine Beachtung. Es sei klar, daß die Regierung nur auf die Interessen Schwedens und der schwedischen Seeleute Rücksicht genommen habe. Adelswaerd erklärte, die Versicherungspolitik der Kommission habe auf die äußere Politik Schwedens üblen Einfluß gehabt und die Verständigung mit Großbritannien erschwert. Lindman, der Führer der Konservativen, hob hervor, daß die deutsche U-Bootsblockade von der schwedischen Regierung nicht anerkannt worden sei. Aber man müsse sich den Tatsachen unterwerfen und Menschenleben schonen. Die Kommission führe keine äußere Politik, sondern Versicherungspolitik. Der Führer der Sozialisten Branting sagte, daß die Regierung gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg protestiert, gleichzeitig aber dafür gesorgt habe, daß ein Staatsorgan tatsächlich die Blockade anerkannt habe, daß die schwedische Schiffahrt in Gebiet dieser Blockade Schwierigkeiten hätte, sich aufrechtzuerhalten. Niemand wolle die Seeleute in diese Gefahrenzone hinauszwingen, man habe aber ein Recht zu fordern, daß die Regierung nicht direkt hindernde Maßregeln ergreife, die Blockade zu unterstützen, Man habe erwidert, daß Menschenleben natürlicherweise nicht gewagt werden sollten wegen der Einfuhr von Luxusartikeln, aber die Tätigkeit der Kommission könne zur Folge haben, daß Schweden weder Luxusartikel noch Lebensmittel erhalte. Dies Benehmen gefährde die ganze Volkswirtschaft und Industrie und stehe in schreiendem Widerspruch mit der Gesetzgebung, die der Reichstag zu Anfang dieses Monats zur Ausdehnung der Versicherungen geschaffen habe. Sowohl Schweden wie auch Dänemark und Norwegen müßten zeigen, daß der Wille in ihnen herrsche, die Verbindungen nach dem Westen aufrechtzuerhalten. Der Staatsminister beantwortete die Kritik der äußeren Politik der Regierung, indem er erklärte, daß Schwedens Absichten und Neutralität viel mehr im eigenen Lande als im Auslande angegriffen würden. Der Finanzminister meinte, die Kommission habe in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Reichstags und der Ermächtigung der Regierung gehandelt. Lindman führte aus, den wahren Interessen der schwedischen Industrie wäre eine kurze Pause in der Schiffahrt weniger schädlich, als der Verlust des kostbaren, schwer zu ersetzenden Schiffsraums. Hildebrand (konservativ) erklärte, daß die Kommission die Sache ausschließlich vom versicherungstechnischen Gesichtspunkte aus betrachte und alles getan habe, um die Verbindungen zu entwickeln.

Amerika.

New York, 24. Februar. (Reutermeldung.) Der Gemeinderat von New York hat beschlossen, vom Staat eine gesetzliche Regelung der Lebensmittelversorgung für die ärmeren Klassen der Bevölkerung zu verlangen. Die Stadt wünscht ermächtigt zu werden, Lebensmittel anzukaufen und zum Selbstkostenpreis weiter zu verkaufen. Außerdem wird eine Untersuchung verlangt. Die Regierung in Washington hat bereits eine Untersuchung nach den Ursachen der Unruhen in den verschiedenen amerikanischen Städten angeordnet.

Washington, 23. Februar. (Reutermeldung.) Das Staatsdepartement teilt den Empfang der neuen britischen „Order in Council" mit und erklärt, daß sie nicht zur Grundlage eines amtlichen Schrittes der amerikanischen Regierung gemacht werden wird.

Türkische Erfolge in Mesopotamien.

Konstantinopel, 23. Februar. Der Berichterstatter der Agentur Milli in Mesopotamien teilt mit: Südlich von Kut-el-Amara ist es den Engländern nach ihrer letzten Niederlage nicht möglich, ihren gewagten Vorstoß zu erneuern. Im Laufe der Schlacht vom 17. Februar vor unseren Fellahiestellungen wurde eine bis in unsere Gräben vorgedrungene Brigade farbiger Engländer vernichtet. Die wiedereroberten Gräben waren mit Leichen von Engländern angefüllt. Nach Aussagen Gefangener und Mitteilungen aus

anderen Quellen fuhren mehrere Schiffe voll englischer Verwundeter südwärts ab. Die englischen Verluste in den letzten Kämpfen übersteigen 30000 Mann.

Die Wiener Presse über die Freitagsitzung des Deutschen Reichstags.

Wien, 24. Februar. Die Blätter besprechen die gestrige Sitzung des deutschen Reichstages.

Das „Fremdenblatt" schreibt:

„Die Bewilligung des Fünfzehnmilliardenkredits in einer einzigen Sitzung des Reichstages ist eine gewaltige feierliche Kundgebung der Entschlossenheit des deutschen Volkes, bis an das siegreiche Ende des furchtbaren Kampfes auszuharren. Graf Röderns hochbedeutsame Aeußerung: „Der Forderung unserer Gegner nach Reparation werden wir das Wort Entschädigung entgegensetzen können" drückt in der kürzesten, bündigsten Form das unbedingte Vertrauen der leitenden Stellen Deutschlands auf einen glücklichen Ausgang des Weltkrieges aus, und dieses Vertrauen erhielt die stärkste Stütze durch die gewaltige Kundgebung der deutschen Volksvertretung."

Das „Neue Wiener Tagblatt" sagt:

„Die gestrige Sitzung des Reichstages bewies wieder, wie trügerisch die Rechnung der Feinde war, Deutschland und seine Verbündeten aushungern und niederdrücken zu können. Die Opferfreudigkeit des deutschen Volkes mag den Feinden zeigen, daß dieses Volk nicht zu beugen ist."

Die „Reichspost" betont:

„An der Abstimmung im Berliner Reichstage mögen die halsstarrigen Gegner mit Grauen erkennen, daß ihr schändlicher Streich gegen die Friedenssehnsucht der Menschheit die Entschlossenheit der Mittelmächte noch fester gehämmert hat."

Großbritannien.

Die Reichskriegskonferenz.

London, 23. Februar. Der politische Mitarbeiter der „Pall Mall Gazette" erfährt, daß die Reichskriegskonferenz in ungefähr 14 Tagen zum ersten Male zusammentreten werde.

Frankreich.

Aushebung des tunesischen Kontigents 1917.

Bern, 23. Februar. Laut „Temps" wurde mit Aushebung des tunesischen Kontingents 1917 begonnen, das 35000 Mann umfassen soll. Das Kontingent soll die tunesischen Tirailleurregimenter auffüllen. Andere kleine Kontingente sollen für landwirtschaftliche Arbeiten verwendet werden.

Rußland.

Bevorstehende Sprengung der Kadettenpartei.

Kopenhagen, 23. Februar. „Berlingske Tidende" meldet aus Petersburg über Haparanda, daß infolge Meinungsverschiedenheiten über die Polenfrage wahrscheinlich die Sprengung der Kadettenpartei bevorstehe. Eine bedeutende Minderheit trete dafür ein, daß die Partei die Forderung der Polen nach vollständiger Unabhängigkeit unterstützen solle, während die Mehrheit erkläre, die Partei stehe auf dem Standpunkt, daß die Polenfrage eine innere Angelegenheit Rußlands sei. Um diesen Standpunkt zu ändern, müsse ein Parteitag einberufen werden. Die Minderheit habe demgegenüber geltend gemacht, daß die Polenfrage durch die Proklamation der Mittelmächte und durch den Verlauf des Krieges einen anderen Charakter erhalten habe. Deshalb müsse die Partei für das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker in Rußland eintreten. Die Minderheit gewinne mit ihren Anschauungen immer mehr Anhänger; die Abhaltung eines Parteitages werde für unvermeidlich angesehen.

Italien.

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Bern, 24. Februar. Die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung in Italien für den Zeitraum von September 1915 bis September 1916 erweist nach Mitteilung des Verproviantierungsausschusses 48,92 %.

Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 23. Februar.

Wir verbesserten während der Nacht unsere Stellung nördlich von Gueudecourt, wo wir einen Teil eines feindlichen Grabens eroberten, dreißig Gefangene machten, einen Grabenmörser erbeuteten und Gelände südlich von Petit-Miraumont gewannen, das von einem feindlichen Posten besetzt war. Gestern abend wurde ein Angriff südöstlich von Souchez erfolgreich durchgeführt; eine Anzahl von Feinden wurde getötet, Unterstände wurden zerstört. Am Morgen wurden feindliche Angriffe südlich von Armentières und in der Nachbarschaft vom Walde von Ploegsteert abgeschlagen. Die feindliche Artillerie war tätiger in der Sommegegend und südlich von Arras. Wir beschossen mit Erfolg feindliche Gräben südlich von Ypern.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien vom 23. Februar.

Wir sicherten uns und befestigten gestern zwei Gräbenreihen am südlichen Ende der Stellung von Sannaiyat. Der Kampf dauert an. Der Tigris ist angeschwollen, und die Ueberschwemmung behindert die Tätigkeit.

Russischer Heeresbericht vom 23. Februar.

Westfront. Nach einstündiger Artillerievorbereitung griffen die Deutschen bis zu zwei Bataillonen stark dreimal den Abschnitt unserer Stellung beim Dorfe Zwijen 20 Werst von Zolocsow an, und es glückte ihnen, in unsere Gräben einzudringen, aber durch Gegenangriffe unserer Schützen wurden sie in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Rumänische und Kaukasusfront. Wechselseitiges Feuer von Erkundungs- und kleinen Aufklärerabteilungen.

Flugwesen. In der Gegend von Schelwow 20 Werst südlich des Fleckens Kisielin griff ein feindliches Flugzeug eins unserer vom Fliegerleutnant Swiatogoroff gelenktes Flugzeug an, der durch plötzliche Wendung seine Maschine umdrehte und auf das feindliche Flugzeug fast aus unmittelbarer Nähe schoß, das auf einem Flügel abglitt und senkrecht in die feindliche Stellung nordwestlich von Schelwow niederfiel.

Waffenbrüderliche Vereinigung.

Am Sonnabend veranstaltete die Waffenbrüderliche Vereinigung im Abgeordnetenhause einen Vortragsabend. Es sprachen zwei Vertreter des österreichischen Deutschtums, Geheimer Rat Klein, der Justizminister im letzten Ministerium Koerber, und der Historiker der Wiener Universität Professor Dopsch. In seinem fesselnden Vortrag über „Die geschichtliche Sendung Oesterreichs" führte Professor Dopsch etwa folgendes aus:

„Der Beruf Oesterreichs war von allem Anfang an, ein Bollwerk des Deutschen Reichs gegen Osten zu sein. Schon die karolingische Ostmark an der Donau diente diesem Ziele, die Ausbildung einer starken Hausmacht der Habsburger nach Beseitigung Ottokars II. von Böhmen schaffte einen starken Eckpfeiler im deutschen Südosten. Von hier aus wird die Landbrücke zu dem schwäbischen Stammgute geschlagen und mit der Erwerbung Burgunds noch am Ende des Mittelalters das heutige Deutschland vom Süden her sichernd umfaßt. Die neue Gefahr aus dem Osten, die durch das Vordringen der Türken 1526 entstand, bahnte die Angliederung des böhmischen Sudetenreichs sowie des magyarischen Großkönigtums, durch deren Zusammenschluß Großösterreich gebildet ward. In zwei Jahrhunderte langem Kampfe wurden Ungarn und dazu gehörige Teile der Balkanländer erobert, gleichzeitig aber auch Frankreich, das den Feinden Oesterreichs stets Unterstützung lieh, am Rheine abgewehrt. Trotz großer innerer Schwierigkeiten, welcher der ständische Separatismus der einzelnen Länder Oesterreichs sowie die religiösen Gegensätze während der Reformationszeit bewirkten, konnte eine aktive Außenpolitik unterhalten werden, die freilich nicht immer erfolgreich war, wie in Polen im 16. Jahrhundert.

Die große Krisis des österreichischen Staates am Beginn des 17. Jahrhunderts führt nach der Niederwerfung der Ständemacht in der Schlacht auf dem Weißen Berge (1620) zur Aufrichtung absoluter Fürstengewalt, die ihrerseits dann den siegreichen Abschluß der Türkenkriege ermöglichte (1718). Eine 1688 geplante Annexion Bosniens und der Herzegowina wird durch Venedigs Adriapolitik vereitelt.

Die Großmachtstellung Oesterreichs nach den Erwerbungen des Spanischen Successionskrieges begleitet eine Neuorientierung der europäischen Mächtekonstellation. — Nach dem Aussterben des Habsburgischen Mannesstammes droht wie 1618 eine Aufteilung Oesterreichs (1740.) Maria Theresia und Joseph II gestalten die bis auf Schlesien behaupteten Erbländer durch eine zentralistische Verfassungsreform in neuer staatlicher Erstarkung um. Oesterreich hat nunmehr den großen Beruf, Rußland, das nach der Teilung Polens zum Meere strebt und Konstantinopel erobern will, vom Balkan abzuwehren. Schon Metternich hat nach dem Versagen der Entente zwischen Rußland, England und Frankreich (von 1821—1831) als maßgebende Richtlinien der österreichischen Orientpolitik die Erhaltung der Türkei sowie die Bildung unabhängiger Kleinstaaten aus den Balkanländern aufgestellt und den Zar Nikolaus I. auf der Kaiserentrevue zu Münchengrätz 1833 dafür gewonnen. Mit Festhaltung dieser Grundsätze hat Oesterreich im Krimkrieg Rußland zur Räumung der Donaufürstentümer und im letzten Russisch-türkischen Krieg (1877/78) zum Verzicht auf die Erwerbungen des Friedens von San Stefano durch den Berliner Kongreß genötigt.

Eine zweite Aufgabe erwuchs Oesterreich infolge der Aufrichtung eines italienischen Einheitsstaates seit 1866, da derselbe Südtirol und Triest sowie das Küstenland an der Adria loszureißen trachtet. Die große Felsenfestung, die Süddeutschland Flankendeckung gewährt, Tirol, und der Zugang zur Adria müssen erhalten werden. Auch Ungarns Interesse am Meere ist davon berührt.

Die Neugestaltung der beiden selbständigen Staaten der Donaumonarchie im Jahre 1867 verbürgt durch die einheitliche Führung der gemeinsamen Außenpolitik eine Unabhängigkeit dieser von dem Nationalitätenstreit im Inneren. — Die Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs, welche in Zeiten des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes dazu geführt hat, bedeutet gerade für die Nichtdeutschen unter ihnen unleugbar politische Vorteile, die in anderen Großvölkerstaaten (z. B. England) fehlen. — Sie müssen auch die staatliche Kohäsionskraft stärken, zumal der Weltkrieg lehrt, daß die Kleinstaaten eine selbständige Sonderpolitik nicht führen können."

Exzellenz Klein sprach über „Oesterreichische Wirtschafts- und Sozialpolitik". Wir geben aus seiner Rede folgenden Auszug wieder:

„Die neuere österreichische Wirtschaftspolitik ist in ihren Grundzügen und in vielen Einzelheiten von der des Deutschen Reiches nicht wesentlich verschieden. Beide Länder wenden ihre Sorgfalt gleichmäßig dem gesamten Erwerbs- und Verkehrsleben zu, Landwirtschaft und Handwerk sind da und dort die Sorgenkinder, und auch die Anstalten und Einrichtungen des allgemeinen Wirtschaftslebens stimmen in der Hauptsache zumeist überein. In einzelnen (Aktiengesellschaften, Gewerbeverfassung) gehen die Bindungen in Oesterreich weiter als in Deutschland.

In der Außenhandelspolitik halten beide Reiche, seitdem der Zwiespalt im Deutschen Bunde ausgetragen war, dieselbe Bahn ein. Nach Jahren entgegengesetzter Zollpolitik einigten sich Preußen und Oesterreich auf eine Handelspolitik nach dem damaligen westeuropäischen Muster des Freihandels (1868). 1878 zogen sich dann die beiden Reiche auf eine autonome Zollpolitik zurück, wobei insbesondere mitwirkte, daß Bismarck ein Zollsystem aufzurichten vorhatte, das der deutschen Produktion in ihrer Gesamtheit einen Vorzug vor der ausländischen geben sollte. Im Dezember 1871 fand der Uebergang zum System der mitteleuropäischen Handelsverträge statt, die die Unentbehrlichkeit und den politischen Nutzen des mitteleuropäischen Gedankens voraus ahnte. Im Rückblick erscheint die damalige Begründung des jetzigen handelspolitischen Verhältnisses als eine große politische Tat.

Die Sozialpolitik hatte in Oesterreich und in den deutschen Ländern ihre selbständigen Anfänge. Ein Zusammenwirken fand insofern statt, als die Novemberbotschaft des Deutschen Kaisers (1881) viel dazu beitrug, die hartnäckigen politischen Widerstände zu erschüttern, die eine Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich lange aufhielten. Oesterreich ist nun Deutschland gegenüber hauptsächlich nurmehr in bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung im Rückstande. Die Gesamtheit der gesellschaftspolitischen Angelegenheiten wird in beiden Ländern erschöpfend geistig erfaßt und als ein grundlegendes Staatsproblem begriffen. Die Sozialpolitik ist trotz allen unversöhnlichen Gegnerschaften ein natürliches, unentbehrliches, sittliches Glied der Volkswirtschaft geworden.

Die Organisation und die wesentlichsten Anstalten der Kriegswirtschaft und die Kriegswirtschaftspolitik sind in Oesterreich und in Deutschland gleich. Der Krieg reiht aber eine weitere Uebereinstimmung an: die Gleichheit der wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Die Mittelmächte haben vor dem Krieg zur Außenhandelspolitik verschieden gestanden. Angesichts der ihnen ans Leben gehenden Absichten der Feinde verschwindet aber dieser Unterschied. Es gibt nur die Wahl, sich zu unterwerfen oder wie im Kriege gemeinsam vorzugehen, um für den Frieden die Zulassung zu den ungeheuren Gebieten, die die Feinde kontrollieren, durchsetzen, und zwar nicht nur der Ausfuhr wegen, sondern noch mehr als Bezugsquelle für anders nicht erreichbare unentbehrliche Rohstoffe. Gegenüber der Notwendigkeit solchen gemeinsamen Handelns dürfen zwischen den beiderseitigen Volkswirtschaften etwa bestehende Wettbewerbsverhältnisse nicht ins Gewicht fallen. Ein engeres wirtschaftliches Verhältnis muß ein gesunder, lebenskräftiger Gedanke sein, sonst würde er nicht durch ein halbes Jahrhundert immer wiederkehren und stets überzeugte Anhänger finden. Die gegenwärtige österreichische Regierung hat gleichfalls die Anbahnung solcher engerer wirtschaftlicher Beziehungen in ihr Programm aufgenommen, und eine maßgebende Persönlichkeit der deutschen Regierung hat einige Wochen später die Ansicht geäußert, daß die Innigkeit des Bündnisses auch auf dem Gebiete der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mehr und mehr zum Ausdruck kommen müsse.

Die Wirtschaftspolitik dient nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch höheren außerwirtschaftlichen Zwecken. Diese sind technischer, geistig-sittlicher und staatlicher Fortschritt oder mit einem anderen Wort Kultur. Die Wirtschaftspolitik verrichtet Kulturarbeit. Gleiche Wirtschaftspolitik ist gleiche Kultur. Die neuere Wirtschaftspolitik verstärkt daher mit dem wirtschaftlich Gleichen das Band gleicher Kultur, das die beiden Reiche umschließt. Sie ist ein Zeichen mehr für diese Kulturgemeinschaft und fördert sie. Die gleiche Kultur der beiden Ländergebiete ist der geistige Unterbau und die Erklärung ihrer gleichen Wirtschaftspolitik. Von den beiden Zwecken der Waffenbrüderlichen Vereinigungen wird das gegenseitige Bekanntwerden zwischen Oesterreich und Deutschland nicht schwer sein. Dagegen stößt außerhalb des politischen und militärischen Gebietes ein Engergestalten des Zusammenschlusses, wenn er nicht etwa rein oberflächlich sein soll, vorläufig noch auf den Streit der beteiligten Wirtschaftsgruppen um den Markt. Er hat im Laufe des Krieges einiges von seiner ursprünglichen Schärfe verloren, namentlich in den österreichischen Wirtschaftskreisen; bevor er aber nicht befriedigend ausgetragen ist, haben die übrigen Ausgleichungen (Rechtsannäherung, Ineinandergreifen sozialpolitischer Einrichtungen usw.) geringen Wert. Die Waffenbrüderlichen Vereinigungen werden nicht für irgend eine Formel der wirtschaftlichen Verständigung zu werben haben, sie müssen vielmehr das Bewußtsein der alten geschichtlichen Gemeinschaft und der gegenwärtigen zahllosen materiellen und geistigen Verflechtungen so lebendig machen, daß die nach anderer Richtung neigenden wirtschaftlichen Sonderinteressen nicht anders können als sich, wie sonst dem eigenen Staate, so nun der höheren überstaatlichen Gemeinschaft und den Erfordernissen ihrer Erhaltung unterzuordnen. Diese Arbeiten werden die Oesterreicher in Reih und Glied mit den Deutschen in hoffnungsvoller Zuversicht aufnehmen. Stark wie ihre tapferen Heere und Flotten, werden die Verbündeten im Frieden sein müssen, um der unerschöpflichen Verlogenheit und Heuchelei und dem bösen Willen der vielen Feinde nicht zu unterliegen und ihr politisches Daseinsrecht sowie ihren Anteil an den Gütern der Erde, an der Weltkultur und am Fortschreiten der Menschheit siegreich zu behaupten."

Das Reich.

Aus dem Bundesrate.

Berlin, 24. Februar. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst, der Entwurf einer Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Kohle und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Aenderung der Verordnung über Mineralöle, Mineralölerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen, vom 18. Januar 1917.

Sonderlehrgänge für kriegsversehrte Kadetten.

ad. Sonderlehrgänge für kriegsbeschädigte ehemalige Kadetten sollen zu Ostern 1917 an der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung eingerichtet werden. Sie sind für die jüngeren Berufsoffiziere aus dem Kadettenkorps bestimmt, die infolge von Kriegsbeschädigung einen neuen Beruf ergreifen müssen. Zugelassen werden solche, die das 25. Lebensjahr nicht überschritten haben und aus der Obersekunda oder der Prima des Kadettenkorps in das Heer eingestellt worden sind. Es sollen zunächst zwei Lehrgänge, von halbjähriger und einjähriger Dauer, eingerichtet werden, je nach der erreichten Vorbildung in der Kadettenanstalt. Die Teilnehmer werden als zum Unterricht Zugelassene betrachtet und haben die satzungsmäßige Unterrichtsgebühr von 50 ℳ für den halbjährigen und 100 ℳ für den einjährigen Lehrgang zu zahlen. Im Falle der Bedürftigkeit kann die Gebühr auf Antrag erlassen werden. Die Beschaffung der Lehrbücher und der anderen Unterrichtsmittel liegt den Teilnehmern ob. Falls die Bestände der Anstalt ausreichen, können die Hefte zum Selbstkostenpreis abgegeben und die Lehrbücher leihweise überlassen werden. Für den Beginn ist der 16. April in Aussicht genommen.

Erhebung der Kartoffelvorräte am 1. März 1917.

(Auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 2. Februar 1917.)

1) Die Erhebung erfolgt durch eine Hausliste, die dem Hauswirt oder dessen Stellvertreter übermittelt wird. Falls eine Hausliste nicht zugestellt ist, ist sie vom zuständigen Polizeirevier abzulangen.

2) Zur Anzeige der vorhandenen Kartoffelmenge ist verpflichtet, wer über Vorräte an Kartoffeln mit dem Beginne des 1. März 1917 (z. B. in Kellern, Mieten, Lagerräumen usw.) verfügt. Vorräte, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen; in diesem Falle ist der ganze Vorrat anzugeben.

3) Vorräte, die in fremden Speichern, Kellern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vom Verfügungsberechtigten anzugeben; auch dann, wenn er die Vorräte nicht unter eigenem Verschlusse hat.

4) Anzeigen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

5) Vorräte, die sich mit dem Beginn des 1. März 1917 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

6) Wer keine Kartoffeln oder einen Kartoffelvorrat von 20 Pfund und darunter hat, ist verpflichtet, in Spalte 3 der Hausliste einen Strich oder eine Null einzutragen, die Spalte 9 und gegebenenfalls die Spalten 7 und 8 auszufüllen und seine Angabe durch die Unterschrift zu bestätigen.

7) Der Hauswirt oder dessen gesetzlicher Stellvertreter ist dafür verantwortlich, daß sämtliche Wohnungsinhaber seines Hauses die Hausliste zur Eintragung erhalten und die Eintragungen durch Unterschrift bescheinigen. Er hat die Hausliste aufzurechnen, zu unterschreiben und für Ablieferung an das zuständige Polizeirevier bis zum 4. März 1917 zu sorgen.

8) Die beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittelung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Kartoffelvorräte zu vermuten sind, zu durchsuchen und die Geschäftspapiere und -bücher der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

9) Wer die vorgeschriebene Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder die Durchsuchung oder die Einsicht der Geschäftspapiere und -bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die ihm obliegende Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

In der Reichshauptstadt.

Ausgabe von Zivilkleidern an bedürftige kriegsbeschädigte Soldaten.

Das Rote Kreuz von Berlin, Markgrafenstraße 40, gibt Zivilkleider unentgeltlich an bedürftige Kriegsbeschädigte aus und zwar an diejenigen, die im Stadtbezirk Berlin beheimatet sind, oder an Angehörige der Garderegimenter, deren Kasernen im Stadtbezirk Berlin liegen. Ausnahmsweise werden auch nicht kriegsbeschädigte Militärpersonen berücksichtigt. Auch bei nachstehend aufgeführten Stellen können bedürftige Kriegsbeschädigte Zivilkleidung unentgeltlich erhalten: 1) Fürsorgestelle, Matthäikirchstraße 23, die in der Provinz Brandenburg wohnhaft gewesenen Kriegsbeschädigten; 2) Fürsorgestelle, Poststraße 5, die in Berlin wohnhaft gewesenen Kriegsbeschädigten. Als Ausweise sind der Militärpaß und eine Mitteilung des Ersatztruppenteils über die Bedürftigkeit vorzulegen. k.

Strenge Kontrolle der Reisenden.

Seit einiger Zeit ist beobachtet worden, daß zahlreiche Personen von Groß Berlin die Landgemeinden in der engeren und weiteren Umgebung aufsuchen, um sich dort Lebensmittel auf jede Art, zum Teil unter Anerbieten außerordentlicher, die Höchstpreise weit überschreitender Preise zu beschaffen. Namentlich an Sonntagen sind Tausende zu diesem Zwecke unterwegs. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Lebensmittel, deren Ausfuhr aus dem Kreise im Interesse der Versorgung der Allgemeinheit verboten ist, namentlich Kartoffeln. Wie wir hören, ist von den Behörden jetzt strenge Kontrolle der Reisenden auf den Bahnhöfen und in den Zügen eingerichtet worden. Wer dabei ohne den Nachweis der erforderlichen Ausfuhrerlaubnis im Besitz solcher Lebensmittel, namentlich Kartoffeln, betroffen wird, hat außer seiner Bestrafung die sofortige Beschlagnahme der Lebensmittel zu gewärtigen, erforderlichenfalls kann er zur Feststellung seiner Persönlichkeit festgenommen werden.

Regelung des Wurstverkaufs.

Durch Verordnung des Magistrats vom 12. Februar 1917 ist die gewerbliche Herstellung und der Verkauf von Wurst in Berlin neu geregelt worden.

Zugelassen ist die Herstellung folgender Wurstsorten (Frischwurst): 1) Frischer Blutwurst mit Semmelzusatz, 2) frischer Leberwurst mit Semmelzusatz, 3) frischer Bratwurst mit Wasser abgerieben und Saucischen sowie anderer Bratwurst aus grob zerkleinertem Fleisch, 4) Brühwurst (Bockwurst, Knoblauchwurst, Wiener, Jauersche, Breslauer, Frankfurter Würstchen). Der Preis für frische Blutwurst mit Semmelzusatz und für frische Leberwurst mit Semmelzusatz beträgt pro Pfund fortan 1,40 ℳ. Die Preise der übrigen Wurstarten haben gegen die bisherigen Preise eine Veränderung nicht erfahren. Die Herstellung der Wurstarten zu 1 und 2 ist vom Magistrat besonderen Wurstfabrikanten ausschließlich übertragen. Zugelassen ist ferner in Berlin die gewerbliche Herstellung einer fleischlosen Grütz- oder Graupenwurst, die außer Blut keine Fleisch-, Fett- oder Kramteile vom Rind, Kalb, Schwein oder Hammel, auch nicht Kartoffeln oder Rüben enthalten darf. Diese Wurst unterliegt nicht der Fleischkarte. Der Preis darf mit Umhüllung für das Pfund 80 ₰, ohne Umhüllung für das Pfund 60 ₰ nicht übersteigen, einerlei, ob die Wurst aus inländischer oder ausländischer Ware hergestellt ist. Erlaubt ist ferner in Berlin die gewerbliche Herstellung von Kaninchen-, Fisch-, Muschel-, Gemüse- 2c. Wurst, sofern diese ebenfalls weder Fleisch-, noch Fett- oder Kramteile der vorstehend bezeichneten Schlachttiere enthalten, ebenso auch nicht Kartoffeln oder Rüben. Höchstpreise für diese Wurstsorten sind zurzeit nicht festgesetzt. Wenn jedoch die teilweise ganz ungerechtfertigt hohen Preise hierfür weiter bestehen bleiben sollten, werden auch für diese Wurstarten Höchstpreise festgesetzt werden müssen. Außerhalb Berlins hergestellte und nach Berlin eingeführte Frischwurst unterliegt den in Berlin für die betreffende Wurstart festgesetzten Höchstpreisen, gleichgültig, ob die Wurst aus inländischer oder ausländischer Ware im In- oder Auslande hergestellt ist. Wird Frischwurst nach Berlin eingeführt, so müssen der Name des Herstellers oder seiner eingetragenen Marke — durch Plomben, Marken oder Ursprungszeugnisse — sowie der Name des Herstellungsortes an der Wurst bis zu ihrem vollen Verkauf erkennbar sein. Die Verkäufer sind verpflichtet, bevor sie die Ware zum Verkauf stellen, dem Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Stralauerstraße 3/6, Hersteller, Herstellungsort, Art und Menge dieser Waren nachzuweisen. Die für Dauerwurst, welche von auswärts eingeführt wird, bereits geltenden Bestimmungen über Plombierung und Anzeigepflicht bleiben weiter bestehen. Was die Abgabe und Entnahme von Sülze betrifft, die Fleisch-, Fett- oder Kramteile von Schlachttieren enthält, so darf diese nur gegen Fleischkarte abgegeben und entnommen werden, und zwar in der gleichen Verrechnungsmenge wie Frischwurst. Der Preis dieser Sülze darf für ein Pfund 1,20 ℳ nicht übersteigen. Herstellung oder Verkauf in Dosen oder in luftdicht verschlossenen Gefäßen ist verboten. Soweit Sülze Fleisch-, Fett- oder Kramteile von Schlachttieren nicht enthält, unterliegt sie nicht den Bestimmungen der Verordnung.

Gebäck statt Kartoffeln.

Der Frost, der in den letzten Tagen, insbesondere auf dem Lande, wieder eine erhebliche Steigerung erfahren hat, hat von neuem die Kartoffelzufuhr erheblich beeinträchtigt. Es kann daher auch für die kommende Woche nicht in sichere Aussicht gestellt werden, daß die 3 Pfund Kartoffeln, die auf die schraffierten Abschnitte 44 a—c der Kartoffelkarte abgegeben und entnommen werden dürfen, auch tatsächlich in vollem Umfange werden ausgegeben werden können. Es ist deswegen wieder die Möglichkeit eröffnet, daß jeder, der nicht seine 3 Pfund Kartoffeln zu erhalten vermag, Ersatz in 600 Gramm Gebäck findet. Die Entnahme von Gebäck auf Kartoffelkartenabschnitte ist wiederum für Freitag, Sonnabend und Sonntag der kommenden Woche gestattet. Da jedenfalls die erforderlichen Kartoffelmengen erst allmählich im Laufe der Woche nach Berlin heranrollen werden, ist jedem Kleinhändler zur Pflicht gemacht, jedem der bei ihm eingeschriebenen Kunden zunächst erst auf einen Teil seiner Kartoffelkarten Kartoffeln abzugeben, damit er in die Lage versetzt wird, möglichst allen seinen Kunden wenigstens etwas Kartoffeln zu geben.

Im übrigen gelangen wieder, und zwar diesmal auf Abschnitt 38 der Berliner Lebensmittelkarte, 4 Pfund Kohlrüben in der folgenden Woche zur Verteilung.

Zuckerverordnung.

Eine Zuckerverordnung des Magistrats bestimmt, daß auf einen Zuckerkartenabschnitt statt ¾ Pfund Zucker (oder in dieser Monatshälfte statt 1 Pfund Zucker) auch 2 Pfund Kunsthonig oder Speisemalz oder aber 4 Pfund Syrup oder Rübensaft entnommen werden darf. Eine Voranmeldung ist nicht mehr nötig. Hat der Händler Aufstrichmittel, so ist er verpflichtet, auf Verlangen die bestimmten Mengen abzugeben und den Zuckerkartenabschnitt zu lochen und gesondert aufzuheben; hat er keine Aufstrichmittel, so steht es jedermann frei, zu warten oder sogleich Zucker zu nehmen. Die Preise für Kunsthonig sind dieselben geblieben, für 4 Pfund Sirup sind sie auf 1,40 ℳ, für 4 Pfund Rübensaft auf 1,60 ℳ festgesetzt.

Die Kriegshilfe der Stadt Berlin.

In der Sitzung des Innungsausschusses der vereinigten Innungen zu Berlin machte der Vorsitzende, Obermeister Fritz Schmidt, Mitteilung von einem Hilfsfonds aus Staats- und städtischen Mitteln, aus dem aus dem Kriege zurückkehrenden Kleinhandwerkern, Kleinkaufleuten und Angehörigen freier Berufe, die durch den Krieg in ihrem Erwerbe schwer geschädigt worden sind, Darlehne von 1000 bis 3000 ℳ zu mäßigen Zinsen gewährt werden sollen, damit sie sich wieder eine neue Existenz gründen können. In Betracht kommen nur Angehörige der genannten Berufe, deren Einkommen vor dem Kriege nicht mehr als 5000 ℳ betragen hat. Der Staat hat zu diesem Kriegshilfsfonds zwei Millionen Mark und die Stadt Berlin die gleiche Summe bewilligt. Der Kriegshilfsfonds beträgt somit vier Millionen Mark und soll bis zum Jahre 1926 fortbestehen. Die Verwaltung dieser „Kriegshilfe" liegt einem Kuratorium ob, das aus 4 Magistratsmitgliedern, 8 Stadtverordneten, 5 Bürgerdeputierten, einem Magistratsrat und einem Magistratsassessor besteht. Auch für die Provinz Brandenburg ist ein solcher Kriegshilfsfonds gebildet worden, und zwar in der doppelten Höhe von 8 Millionen Mark (4 Millionen Mark aus Staatsmitteln und 4 Millionen Mark aus Provinzialmitteln). Die Mitteilung wurde von den anwesenden Obermeistern — den Vertretern von 48 Innungen — freudig begrüßt, weil dadurch auch vielen zurückkehrenden selbständigen Handwerkern die Möglichkeit geboten wird, sich wieder eine neue Existenz zu schaffen.

„Alt-Händler."

Der Kleinhandel mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken sowie mit getragenen Schuhwaren ist nur noch bis 28. Februar 1917 gestattet. Die Althändler werden aufgefordert, bis zum 10. März 1917 mitzuteilen, ob sie die Uebernahme ihrer Bestände durch die behördlich zum Handel mit alten Bekleidungsgegenständen zum Erwerbe getragener Kleidungsstücke zugelassenen Stellen wünschen. Die Anträge sind unter Beifügung von Verzeichnissen bis 10. März 1917 bei der Geschäftsstelle des Wirtschaftsbezirks Groß Berlin für Kleiderverwertung, Berlin, Molkenmarkt Nr. 4, einzureichen.

Die Vorausbezahlung bei der Volksspeisung.

Die bei der städtischen Volksspeisung versuchsweise eingeführte tägliche Vorausbezahlung hat sich nicht bewährt. Es greift daher das frühere Verfahren, wonach die Speisen erst am Tage der Entnahme zu bezahlen sind, wieder Platz. Die letzte Vorausbezahlung wird noch am Sonnabend, den 24. Februar für Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Februar erfolgen, sodaß dann die nächste Zahlung am Dienstag, den 27. Februar für diesen Tag zu erfolgen hat. Ebenso tritt die vordem bestehende Vorausbezahlung für den Sonntag am Freitag jeder Woche wieder in Kraft.

Allgemeine Speisung in Charlottenburg.

Da der langandauernde Frost die Fertigstellung der neuen großen Zentralküche in Charlottenburg erheblich verzögert hat, kann die Zulassung neuer Teilnehmer zur allgemeinen Speisung erst in etwa 14 Tagen in der Reihenfolge der Meldungen stattfinden. Die bisherigen, etwa 15000 betragenden Teilnehmer erhalten nach wie vor auf Grund ihrer Meldungen ihre Mahlzeiten. Wer statt am Mittag die Mahlzeiten erst des Nachmittags abholen will, kann dies in der Ausgabestelle, Goethestr. 25, melden. Bei einer ausreichenden Anzahl von Meldungen wird eine besondere Nachmittagsausgabe eingerichtet werden.

Schließung von Schulen.

Die Schließung der Charlottenburger Schulen mit Rücksicht auf die Kohlenversorgung der Bevölkerung bis zum Sonnabend, den 3. März einschl., erstreckt sich auf alle Charlottenburger Schulen, die höheren Lehranstalten, die Volksschulen, die Fortbildungsschulen und die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule. Die Kohlenferien erleiden aber dadurch eine kleine Einschränkung, daß die Schüler und Schülerinnen aller höheren Schulen und der Volksschulen verpflichtet sind, am Montag, den 26. Februar, morgens 8 Uhr in der Schule zu erscheinen, um Aufgaben zu Schularbeiten und sonstige Weisungen über nutzbringende Verwendung der Ferienzeit entgegenzunehmen.

Die Wilmersdorfer Schulen werden nach einem neueren Beschluß über den 1. März hinaus geschlossen bleiben. Der Zweck dieser Maßnahme ist in der Absicht zu suchen, für die Kohlenversorgung der Haushaltungen Vorräte zu ersparen. Der Termin der Wiedereröffnung der Schulen wird rechtzeitig durch die Anschlagsäulen und die Tageszeitungen bekannt gegeben.

Neue Lebensmittelbezugshefte in Berlin-Wilmersdorf.

Am Sonnabend, 24., Montag, 26., Dienstag, 27. und Mittwoch, 28. Februar, findet in Wilmersdorf eine allgemeine Ausgabe neuer städtischer Lebensmittelbezugshefte (für jeden Wilmersdorfer Einwohner ein Stück) durch die Brotkommissionen statt. An den genannten Tagen haben sich die Hausbesitzer oder deren Vertreter zwischen 9 und 2 Uhr oder zwischen 5 und 7 Uhr der besonderen Ausgabeordnung gemäß in den Geschäftsräumen der zuständigen Brotkommissionen zur Entgegennahme der Hefte einzufinden, die bis Donnerstag, den 1. März, abends 6 Uhr, den Haushaltungen zugestellt sein müssen. — Gleichzeitig mit den Bezugsheften gelangen die Hauslisten zur Kartoffel-Vorratserhebung zur Ausgabe. Diese müssen am 3. März ausgefüllt durch die Hausbesitzer der jeweils zuständigen Brotkommission zurückgegeben werden.

№ 55.
25. Februar 1917.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt.
Zweite Ausgabe.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kann für n Monat **März** bei allen Reichspostanstalten zum reise von

1 Mark 67 Pfg.

ezogen werden; außerdem in **Berlin** bei den eisten Zeitungsgeschäften.

Die Entwicklung unseres Flugwesens.

OKZ. **Berlin**, 24. Februar.

Als der Krieg ausbrach, steckte das Flugzeugwesen noch n den Kinderschuhen: geübte Flieger konnten wohl mit ziemicher Sicherheit ausgedehntere Flüge unternehmen, zudem emühte man sich, gerade damals Höhenrekorde aufzustellen, mmerhin hafteten dem Ganzen noch manche Mängel an. In en ersten Berichten vom Kriegsschauplatz geschah denn auch er Flieger nur insoweit Erwähnung, als sie mit Erfolg Erundungen ausführten, wobei sie des öfteren mit feindlichen fliegern zusammentrafen. Das Erscheinen deutscher Tauben ber Paris bildete damals eine „Sensation“ für die Pariser, ie den Schneid unserer jüngsten Waffe willig anerkannten.

Wer Gelegenheit gehabt hat, die Uebungen der Flieger or dem Kriege zu beobachten, weiß, wie sehr die Flugzeuge amals vom Wetter abhängig waren, wie das Loskommen von er Erde Schwierigkeiten machte, größere Höhen nur langsam rreicht wurden und wie vor allem die Tragfähigkeit der Apparate sich in engen Grenzen bewegte. Heute steigen unsere Flieger selbst bei ungünstigem Wetter auf, die Geschwindigkeit at sich verdoppelt, die Tragfähigkeit wächst andauernd und es st nicht abzusehen, daß ihr Grenzen gesteckt sind. Auch die Schwierigkeiten beim Aufstieg und Landen, die ehedem viel „Kleinholz“ kosteten, sind überwunden, und mit Stolz kann die jüngste Waffe sich den alten an die Seite stellen: das wissen wir aus den Generalstabsberichten, die oft genug kühne Fliegeraten anerkennend erwähnen. In ganz hervorragender Weise st aber die Beobachtungstätigkeit ausgebildet worden, so daß ie Flieger nicht nur der Heeresleitung große Dienste leisten, ondern auch Leitung des Artilleriefeuers; und dabei greifen Flugzeuge zuweilen sogar schon mit ihren Maschinengewehren n den Infanteriekampf ein oder setzen Mannschaften weit hinter er feindlichen Front mit Sonderaufträgen ab. Diese gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Flugzeuge wurde ber mitten im Kriege durch die rastlose Arbeit von Offiziercorps und Mannschaft erreicht, und daß sie erreicht werden onnte, dazu trug die Technik durch Vervollkommnung aller inzelnen Bestandteile der Apparate das ihrige bei. Heute estehen unsere Flugzeuggeschwader nicht bloß aus Tauben, ondern für die einzelnen Aufgaben der Waffe stehen besondere Apparate zur Verfügung: das Beobachtungsflugzeug ist anders gebaut als das Kampfflugzeug und dieses wieder anders als as Großflugzeug, dessen Aufgabe es ist, Bomben abzuwerfen. Die Taube wurde von dem Fokker-Eindecker und Doppeldecker abgelöst, und diese wieder von dem Albatros-Flugzeug.

Verfolgen wir die technische Entwicklung, die die genannten Apparate aufweisen, so sehen wir, daß an die Stelle schwacher Einzelteile ein gedrungener, starker Bau getreten ist, und wo sonst zahlreiche Drähte die nötige Verbindung herstellten, da erreichen denselben Zweck heute einige wenige starke Kabel und Holme, die Holzteile aber sind durch Stahlblech ersetzt und der weitausragende Hinterteil des Flugzeugs erhöht die Tragfähigkeit. So ist es gelungen, dem Luftwiderstand möglichst geringe Flächen zu bieten, infolgedessen die Geschwindigkeit bedeutend stieg. Erreichte man früher in der Stunde 120 Kilometer, so können jetzt, dank den gleichzeitigen Fortschritten im Motorbau, 200 Kilometer und mehr erzielt werden. Wie viel darauf ankommt, das Feuer der Artillerie zu leiten, wissen wir aus den Berichten über die Sommeschlacht, wo unsere Feinde sich das Ziel gesteckt hatten, unsere Linien zu zertrümmern und die Besatzungen unter dem Hagel der Geschosse zu begraben. Daß ihnen dies nicht gelungen ist, daß vielmehr unsere Artillerie trotz ihrer Minderzahl immer wieder die Wucht der feindlichen Angriffe brach und selbst durch Feuerüberfälle dem Gegner schwere Verluste zufügte: danken wir nicht in letzter Linie den Aufklärungsdiensten unserer Flieger. Diese standen fortwährend am Himmel, erspähten die Stellungen der feindlichen Batterien und brachten unserer Artillerie Meldung, ob die Einschläge saßen. Hier gebührt namentlich auch der Technik volle Anerkennung; denn sie gab den Beobachtern Apparate, die genauer und zuverlässiger als menschliche Augen das Geschaute fixierten und es an die leitenden Stellen unten weitergaben. Nicht nur die Photographie, sondern auch die Funkentelegraphie und das Telephon sind in den Dienst unserer Flieger gestellt worden, und es kommt uns fast wie ein Märchen vor, daß ein Flugzeug bis auf 50 Kilometer seine Beobachtungen weitergeben und neue Weisungen vom Erdboden aus empfangen kann! Kehrt der Flieger aber zurück, so braucht er keine mühselig mit der Hand angefertigten Skizzen vorzulegen, die auch bei größter Sorgfalt Irrtümer und Ungenauigkeiten enthalten, sondern er hat in seinen Aufnahmen ein Material, das auch die kleinsten Einzelheiten peinlich genau zeigt und bei späteren Beobachtungen es ermöglicht, festzustellen, welche neue Arbeiten der Feind vorgenommen hat. Und wenn menschliche Augen sich täuschen lassen und dort Schützengräben und Artilleriestellungen sehen, wo in Wirklichkeit nur Masken sind, so deckt die photographische Platte alle diese Scheinmaßnahmen des Feindes auf.

Welche großen Dienste uns so die Flieger geleistet haben, wird die Oeffentlichkeit erst nach dem Kriege in vollem Umfange erfahren, dann wird sie auch der jüngsten Waffe die Anerkennung zollen, die sie verdient. Das ehrendste Zeugnis aber haben ihr schon unsere Feinde ausgestellt, indem sie ihre Unterlegenheit im Luftkampf wenigstens in den Parlamentsdebatten zugeben und fortwährend nach Reorganisation des Flugwesens rufen. In der Tat, der Gegensatz zwischen den prahlerischen Erklärungen Churchills und der Wirklichkeit liegt so offen zutage, daß jedes Leugnen zwecklos ist. Wenn aber zu Beginn des Krieges unsere Zeppeline die starken Forts von Lüttich durch gut gezielte Bombenwürfe zerstörten, so haben im weiteren Verlauf auch unsere Flugzeuge diese Aufgabe mit übernommen. Die erhöhte Tragfähigkeit gestattet jetzt, nicht nur einige kleine Bomben mitzunehmen, sondern Sprengkörper großen Kalibers. Auch die Treffschwierigkeiten sind nun überwunden. Der Laie denkt sich ja freilich, daß es nicht schwer sei, ein Ziel zu treffen, wenn man nur hübsch über ihm stehe! In Wirklichkeit aber muß jeder Wurf peinlich genau berechnet sein, weil das Geschoß keineswegs senkrecht niedersaust, sondern hierbei die Eigengeschwindigkeit des Flugzeugs, die Anziehungskraft der Erde und der Luftwiderstand mit in Rechnung gestellt werden müssen. Auch hier hat die Technik wieder Hilfe geleistet, so daß es nunmehr möglich ist, auch aus großer Höhe kleine Objekte zu treffen. Ueber die Erfolge können unsere Feinde Auskunft geben. Sie melden zwar regelmäßig, es sei kein nennenswerter Schaden angerichtet worden, doch in Wirklichkeit verraten der Zensur entgangene Photographien oft genug die fürchterlichen Wirkungen der Bombenwürfe.

Verfolgen wir zum Schlusse noch kurz die Entwicklung der Kampfmittel unserer Flugzeuge, so sehen wir, daß zu Anfang des Krieges unsere Flieger lediglich auf Pistolen und Karabiner angewiesen waren, um sich in der Luft eines Gegners zu erwehren. Gar bald aber vermochte man ein Maschinengewehr einzubauen, und ein neuer Erfolg des Erfindungsgeistes war es, daß es gelang, zwischen Motor und Maschinengewehr eine so feine Verbindung herzustellen, daß jeder Schuß trotz der gewaltigen Umdrehungszahl des Propellers auf Handbreite an dem Propellerflügel vorbeigeht. Neuere Kampfflugzeuge führen bereits zwei Maschinengewehre mit sich, und selbst Maschinenkanonen werden aufmontiert.

So sehen wir, daß unser Flugwesen mitten im Kriege Bahnen durchmessen hat, zu deren Zurücklegung im Frieden wohl viele Jahre nötig gewesen wären. Wir können daher jenen Männern nicht genug danken, die rastlos an der Arbeit gewesen sind, diese neue Waffe auf jenen Höhepunkt zu bringen, den sie erreicht hat. Und Praxis und Theorie greifen gerade hier derart ineinander, daß eine Trennung gar nicht möglich ist; jeder Flieger muß sein Flugzeug bis in die kleinsten Einzelheiten kennen und über ein Wissen verfügen, dessen Vielseitigkeit in Erstaunen versetzt. So werden Flieger und Flugzeug zu einer Einheit, und es überrascht uns nicht, wenn wir lesen, wie droben in einsamer Höhe der Flieger jede kleine Aenderung an seinem Apparat mit den Nerven empfindet. Wir haben unsere Feinde im Flugwesen überholt; der Geist, der in unseren Fliegern lebt, bürgt uns dafür, daß wir auch fürderhin die ersten bleiben werden.

Lr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom Sonnabend, 24. Februar 1917, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Dr. **Lentze**.

Präsident Dr. Graf **von Schwerin** eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die Beratung des Etats des Finanzministeriums wird in der Debatte über die Anträge wegen der Teuerungszulagen fortgesetzt.

Die Abgg. **Ahrens**-Klein-Flöthe (kons.) und Gen. beantragen:

„die Regierung zu ersuchen, unter Nachprüfung und entsprechender Verbesserung der den Königlichen Staatsbeamten gewährten Teuerungszulagen gemäß den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen diese insbesondere für die Kinder der Beamten in der Weise neu festzusetzen, daß eine mit der Zahl der Kinder nach oben in fester Progression steigende Staffelung der Beträge stattfindet, und außerdem Vorsorge zu treffen, daß die Härten in der Reliktenversorgung und der Invaliditätsversorgung während der Zeiten der Teuerung einen entsprechenden Ausgleich erhalten.“

Die Abgg. Dr. Heß (Zentr.) u. Gen. beantragen, hinter dem Wort „Staatsbeamte“ einzuschieben: sowie den Volksschullehrern.

Die Abgg. Althoff (nl.) u. Gen. beantragen:

„die Regierung zu ersuchen, die aus Anlaß des Krieges den Volksschullehrern gewährten und zu gewährenden Beihilfen und einmaligen Kriegsteuerungszulagen auf Staatsmittel zu übernehmen, und die bereits gezahlten bis zum Betrage der den Staatsbeamten gewährten Beihilfen und Zulagen den Gemeinden und sonstigen Trägern der Volksschullasten zu erstatten.“

Die Abgg. Dr. Heß (Zentr.) u. Gen. beantragen, hinter dem Wort „Volksschullehrer“ einzuschieben: und Volksschullehrerinnen.

Abg. Dr. **Gottschalk**-Solingen (nl.): Eine Neuregelung der Besoldungsordnung ist schon vor dem Kriege angeregt worden. Hoffentlich wird es möglich sein, in diese Reform einzutreten im Jahre 1918. Natürlich wird dies abhängig sein, ob bis dahin der Krieg beendet ist und von der Art seiner Beendigung. In eine Einzelbesprechung der Reform einzutreten, erscheint jetzt nicht zweckmäßig. Jedenfalls wird die Reform im Sinne einer gesunden Bevölkerungspolitik gelöst werden müssen. Bei dem Wohnungsgeldzuschuß wird eine zweckmäßige Differenzierung vorzunehmen sein. Den geringbesoldeten Beamten muß mit Rücksicht auf die gestiegenen Nahrungsmittelpreise und sonstiger Preise ein Existenzminimum gewährt werden. (Zustimmung.) Was die Steuerfreiheit der Zulagen betrifft, so ist der entsprechende Antrag hier nicht zur Verabschiedung gelangt, sondern vielmehr die gesamte Frage dem verstärkten Haushaltsausschuß überwiesen worden. Zur Lösung der Frage der Privatangestellten sind verschiedene Wege vorgeschlagen worden, vielleicht ist es möglich, eine bestimmte Quote des Einkommens zugrunde zu legen. Unbefriedigend erscheint die Art und Weise der Zahlung der Staatsbeiträge für die Volksschullehrer. Diejenigen Gemeinden, die der Not der Zeit Rechnung getragen und den Volksschullehrern eine Zulage gewährt haben, werden nach der Anschauung der Staatsregierung diese Zulagen auch weiter zu zahlen haben, während diejenigen Gemeinden, die aus irgend welchen Gründen diese Zulage nicht gewährt haben, dadurch belohnt werden, daß der Staat für sie eintritt. Hoffentlich kommen jetzt alle Volksschullehrer zu ihrem Recht, denn sie haben doch nicht Schuld an der Art der Regelung der Volksschullasten. Unser Antrag fordert, daß der Staat die Beihilfe für die Volksschullehrer übernimmt und daß die bereits gezahlten den Gemeinden ersetzt werden. Das ist eine Forderung der Billigkeit. Gegen den Zusatz, daß auch die Volksschullehrerinnen dabei berücksichtigt werden, haben wir nichts einzuwenden. Daß keine etatsmäßigen Stellen geschaffen werden, die nicht unbedingt notwendig sind, können wir nur billigen. Die unbedingt nötigen müssen aber geschaffen werden, damit die Anwärter jetzt während des Krieges nicht zu lange auf die Anstellung warten brauchen und namentlich, wenn sie verheiratet sind, nicht wirtschaftlich geschädigt werden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. **Heß** (Zentr.): Das Bevölkerungsproblem ist eine Frage religiös-sittlicher Natur, aber die Geldfrage spielt dabei eine große Rolle. Die schönsten Reden helfen uns darüber nicht hinweg, wenn der Finanzminister nicht sehr tief in seinen Säckel greift. Die Frage der Beamtenbesoldung und besonders der Kriegszulagen muß großzügig angefaßt werden, denn wir stehen einer außerordentlichen Notlage gegenüber. Leistungsfähig genug wird das deutsche und preußische Volk dazu wieder werden. (Sehr richtig! im Zentr.) Die Frage der sogenannten Kriegsentschädigung ist auch nicht von der Hand zu weisen. Unsere Gegner müssen uns so entschädigen, wie sie uns durch den Krieg geschädigt haben. Die Reform der Beamtenbesoldung nach dem Kriege muß ganz anders angefaßt werden als bisher. Selbstverständlich muß auch für jeden anderen Stand gesorgt werden. Die Alterszulagen müssen so gestaltet sein, daß der Beamte in einem angemessenen Lebensalter heiraten und eine mehrköpfige Familie unterhalten kann. Dabei muß unterschieden werden zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten, zwischen kinderreichen und kinderarmen Familien. Der Unterschied in der Besoldung kinderreicher und kinderarmer Familien muß groß genug sein, um fühlbar zu werden. Für die andere Besoldung der Junggesellen wird und muß ein Weg gefunden werden. Leider ist in vielen höheren Beamtenfamilien nicht einmal mehr das Zweikindersystem, sondern schon beinahe das Einkindersystem vorhanden. Eine Begrenzung der Kinderzulagen nach oben muß auf jeden Fall vermieden werden. Mit Recht bezeichnet die Denkschrift der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik den Geburtenrückgang als den schleichenden Feind. Gerade der Beamtenstand ist infolge seiner schlechten Besoldung in schlimmer Lage, während jeder andere Erwerbsstand einen höheren Lohn fordern kann. Wir haben durchgehalten und werden durchhalten, deshalb brauchen wir uns auch nicht vor dem Ausland zu scheuen, diese Frage hier zu erörtern. Weshalb soll man nicht sagen, daß England unsere Beamten in diese Notlage gebracht hat. Der Augenblick wird ja nicht mehr fern sein, wo der Pfeil auf den zurückfliegt, der ihn abgeschossen hat. Wir müssen auch eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern ausschließlich für das Problem der Bevölkerungspolitik einsetzen. Zu diesem Problem gehört auch die Wohnungsnot. Gerade eine solche Kommission wird eine der segensreichsten Arbeiten in diesem Hause leisten können. Der Finanzminister hat den Beamten eine sog. Weihnachtszulage gegeben; ich würde es begrüßen, wenn er auch eine Osterzulage gibt, weil die Familien zu Ostern besondere Ausgaben, namentlich durch die Konfirmation haben. Zu den Beamten, die auf eine Aufwandsentschädigung angewiesen sind, gehören nicht nur Landräte, sondern auch eine ganze Reihe anderer Beamten, wie z. B. die Kreisrentmeister, deren Aufwandsentschädigung nicht mehr entfernt im Verhältnis zu ihrem Aufwand steht. In den Antrag der Konservativen werden nach meinem Antrag die Volksschullehrer wohl unschwer eingezogen werden können. Die Lehrer leiden besonders unter schwerer Not. Ich begreife nicht, wie es möglich ist, daß manchen Lehrern die Zulagen bis heute noch nicht ausgezahlt sind. (Hört, hört!) In den Antrag Althoff habe ich die Aufnahme der Volksschullehrerinnen beantragt. Damit ist nicht gesagt, daß wir uns auf den Boden dieses Antrages stellen können, denn seine Tragweite ist nicht gering. Der Staat soll ein für allemal die Teuerungszulagen der Lehrer übernehmen, die Gemeinden sollen also ausgeschaltet werden. Es fragt sich, ob dieser Antrag praktisch ist, denn was will man machen, wenn der Finanzminister ihn ablehnt und sagt: warum soll eine leistungsfähige Gemeinde die Kosten nicht selbst bezahlen? Wir haben uns schon vor einiger Zeit auf den Standpunkt gestellt, daß der Staat wohl dafür sorgen müsse, daß die Volksschullehrer unter allen Umständen die Teuerungszulagen ausbezahlt erhalten, daß aber die Frage, wer die Kosten zu tragen habe, nachträglich geprüft werden könne. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden kann nachher geprüft werden; vor allem müssen die Lehrer die Zulagen bekommen. Mit dem noch eingegangenen Antrag, den Altpensionären laufende Zulagen zu geben, bin ich einverstanden. Die ganze Frage beantrage ich der Staatshaushaltskommission zu übergeben, um eine gedeibliche Lösung im Interesse des ganzen Vaterlandes zu finden. (Beifall.)

Von den Abgg. Aronsohn (Vp.) u. Gen. ist noch folgender Antrag eingegangen:

„die Regierung zu ersuchen, a) baldigst in eine Neuprüfung der den Staatsbeamten, Lehrern, Lohnangestellten und Arbeitern in den Staatsbetrieben gewährten Kriegsbeihilfen einzutreten und hierbei besonders die kinderreichen Familien in verstärktem Maße zu berücksichtigen, dergestalt, daß der steigenden Kinderzahl entsprechend die Beihilfen prozentual erhöht werden, dabei sind die mit geringerem Einkommen Beschäftigten besonders zu bedenken. Die Neuregelung ist bei allen Verwaltungsstellen gleichmäßig vorzunehmen; b) den im Ruhestande lebenden Beamten und Arbeitern, insbesondere den Altpensionären unter Berücksichtigung ihrer Einkommensverhältnisse, laufende Zulagen zu gewähren; c) die Unterstützungsmittel in erster Linie den kinderreichen Familien zu gewähren.“

Abg. **Otto**-Charlottenburg (fortschr. Volksp.): Wir halten an der Forderung, daß die Lehrer so zu behandeln sind wie die Beamten, unbedingt fest. Der Erlaß des Kultusministers vom 21. Dezember 1916 hat eine befriedigende Lösung nicht bewirkt. Die Regierung hat sich eben nicht entschließen können, sich völlig auf den Boden des vom Hause angenommenen Antrages zu stellen. Auch mir sind zahlreiche Klagen darüber zugekommen, daß die Teuerungszulagen an Volksschullehrer noch bis heute nicht ausgezahlt worden sind. Man hat den Eindruck, als ob hier geradezu ein Wirrwarr herrscht. Den so entstandenen und vorhandenen Uebelständen scheint der Antrag der Nationalliberalen abzuhelfen geeignet. Der Finanzminister wird dessen Konsequenzen sehr wohl übersehen; für die innere Berechtigung brauche ich nur auf die Eingabe des Städtetages zu verweisen. Mit der Ueberweisung an eine Kommission sind wir ebenso einverstanden, wie mit der Einsetzung einer besonderen Kommission für die Probleme der Bevölkerungspolitik. Was die Reform der Besoldungsordnung betrifft, so müssen ganz neue Wege gewandelt werden, sie muß auf das Bevölkerungsproblem eingestellt werden. Wir müssen besonders auf einen gründlichen Ausbau der Kinderbeihilfen Bedacht nehmen. Die Junggesellensteuer begrüße ich mit dem Kollegen Heß und Gottschalk; man wird darin ein hohes Maß von Objektivität erblicken, da wir alle drei unverheiratet sind. (Heiterkeit.) Der Kostenpunkt darf bei einer solchen Neuordnung der Besoldung überhaupt keine ausschlaggebende Rolle spielen. Bisher hat die Regierung sich nicht ganz von dieser Rücksicht auf die Kinderzahl leiten lassen; sie sah in ihrer ursprünglichen Vorlage eigentlich nur vier Kinder als erlaubt an. Auch darin wird eine Aenderung eintreten müssen, daß bei Staatsarbeitern die Kinderzulagen mit dem Augenblick der Vollendung des 14. Jahres wegfallen, auch wenn das Kind dann noch die Schule besucht. Die Hindernisse, die der Familiengründung bei den Volksschullehrern hinsichtlich der Wohnungsfrage entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Es wird für Dienstwohnungen oder für höhere Mietsentschädigungen gesorgt werden müssen, und es wird auch in dieser Beziehung auf die Gemeinden einzuwirken sein. Dem Antrag der Konservativen stellen auch wir einen Gegenantrag gegenüber, der auch die diätarisch beschäftigten Beamten und die Staatsarbeiter berücksichtigt. Die Anträge verlangen eine feste Progression der Zuschläge nach der Kinderzahl. Die neuerlichen Vorschläge, welche unser Kollege Delius in diesem Punkte der Oeffentlichkeit unterbreitet hat, dürften eine geeignete Grundlage für die weiteren Kommissionsberatungen bieten. Die in geringerem Einkommen Beschäftigten müssen dabei nach unserem Antrage besonders bedacht werden. Noch heute werden die Lohnangestellten und die Arbeiter schlechter gestellt als die übrigen Beamten, das muß aufhören. An die Kommissionsberatung treten wir mit dem aufrichtigen Bestreben, die berechtigten Wünsche aller dieser Kategorien zu erfüllen und den neuen Methoden, die uns notwendig erscheinen, den Weg zu bereiten.

Finanzminister Dr. Lentze:

Die Erörterung der Besoldungsreform hat uns eine Reihe Anregungen auch aus der Mitte des Hauses gebracht, die ihre weitere Wertung finden werden. Was die Teuerungszulagen betrifft, so hat die Regierung bereits am 1. Oktober 1915 Kriegsbeihilfen gewährt. Als sich dann herausstellte, daß diese Beihilfen nicht auf längere Zeit haltbar waren, weil die Teuerung immer weiter stieg, ist am 1. April 1916 wiederum eine Erhöhung der Bezüge erfolgt und auch der Kreis der bezugsberechtigten Beamten erweitert worden. Hierbei sind wir aber nicht stehen geblieben, sondern am 1. Dezember 1916 sind einmalige Kriegsbeihilfen gezahlt worden, die dann am 1. Januar weiterhin ergänzt und am 1. Februar 1917 wiederum erweitert wurden. Dabei ist der Kreis der Personen ganz wesentlich erweitert worden. Wir sehen leider, daß die Teuerung immer weiter fortschreitet, und die Staatsregierung wird infolgedessen nach wie vor sehr sorgfältig die Frage weiter prüfen, ob die Kaufkraft des Geldes für die einzelnen Beamten noch ausreicht, um dabei bestehen zu können, und wir werden weiterhin sorgfältig prüfen, ob nicht wiederum etwas geschehen muß. Sie können beruhigt sein, die Staatsregierung behält diese Frage absolut im Auge, auch die Beamtenschaft im Lande kann versichert sein, die Staatsregierung wird weiter vorgehen, sobald sie überzeugt ist, daß eine weitere Hilfe notwendig ist. (Beifall.) Der Anerkennung für die Beamtenschaft schließt sich die Staatsregierung aus vollem Herzen an, denn sie weiß, wie freudig und unverdrossen die Beamten in diesem Kriege ihre Pflicht tun. (Erneuter Beifall.) Die Regierung wird sich bei dieser Prüfung lediglich an die realen Verhältnisse halten und die Teuerungszulagen so bemessen, wie es notwendig ist. Was die Beihilfen an die Volksschullehrer betrifft, so wäre die Staatsregierung nach Lage der Gesetze durchaus auf dem Rechtsboden geblieben, wenn sie erklärt hätte, die Teuerung, die die Volksschullehrer betrifft, geht die Staatskasse nicht weiter an, das ist Sache der Kommunen. Die Staatsregierung hat sich auf diesen Boden nicht gestellt, sondern hat im Interesse der Volksschullehrer überall da, wo die Gemeinden nicht helfen konnten, ihrerseits mit Staatsmitteln eingegriffen. Auf diesem Standpunkt muß die Staatsregierung weiter stehen bleiben. Es gibt eine Reihe von Kommunen, die durchaus die erforderlichen Leistungen für ihre Volksschullehrer aufbringen können, ja über die Leistungen des Staates hinaus gezahlt haben. In diesen Fällen kann der Staat unmöglich mit seinen Mitteln einspringen. Nun ist wiederholt gesagt worden, die armen Lehrer sind dabei die Leidtragenden, die bisher von den Kommunen nichts erhalten haben. Die Staatsregierung hat infolgedessen einen sehr weitherzigen Weg eingeschlagen, sie ist den Gemeinden auf diesem Gebiete ausreichend weit entgegengekommen. Durch Erlaß des Kultusministers vom 31 Januar d. J. ist diese Frage befriedigend geregelt worden. Danach tritt der Staat für die Volksschullehrer ein, wenn die Gemeinde ihren Beamten und Lehrern keine Zulage gibt. Gibt die Gemeinde ihnen eine geringere Zulage als der Staat, so wird der Unterschied aus der Staatskasse gezahlt, soweit die Gemeinde leistungsschwach ist. Gibt die Gemeinde ihren Beamten eine Zulage, aber den Lehrern nicht, so kann die Beihilfe aus der Staatskasse gezahlt werden, wenn die Gemeinde leistungsschwach ist. Ueber die Leistungsfähigkeit der Gemeinden im einzelnen entscheidet die Regierung nach ihrem Ermessen. Dieser Erlaß kommt den Gemeinden sehr weit entgegen, es muß aber dabei bleiben, daß die leistungsstarken Gemeinden ihrerseits die Zulagen gewähren. Man hat sich darüber beklagt, daß der im Januar vom Abgeornetenhause angenommene Antrag Dr. Porsch über die Teuerungszulagen von der Staatsregierung noch nicht vollzogen sei. Das ist deshalb nicht geschehen, weil es für die Staatsregierung nicht möglich ist, die Zulagen zunächst vorschußweise zu leisten und sie hinterher von den Gemeinden einzuziehen. Die Staatsregierung hat den Gemeinden gegenüber absolut kein Zwangsmittel auf Grund dessen sie hinterher eine Erstattung verlangen könnte. Die Anträge, die heute behandelt worden sind, sollen einer Kommission überwiesen werden. Die Staatsregierung kann sich deshalb ihre Stellungnahme vorbehalten. Die Behandlung derjenigen Beamten, die als Offiziere im Felde sind, ist durch einen Erlaß befriedigend geregelt worden. Im übrigen bin ich dem Hause dafür dankbar, daß es auch seinerseits der Beamtenschaft gegenüber sich durchaus wohlwollend verhält, und ich hoffe, daß die Zusammenarbeit von Staatsregierung und Abgeordnetenhaus den Beamten von Nutzen sein wird. (Beifall.)

Es liegt ein Schlußantrag vor.

Zum Worte sind noch gemeldet die Abgg. v. Kardorff und Ad. Hoffmann.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Abg. v. **Kardorff** (freikons.) (zur Geschäftsordnung): Ich bedaure, durch den Schluß der Debatte daran verhindert zu sein, eine Aeußerung des Abg. Heß berichtigen zu können. Der Abg. Heß hat meinen Fraktionskollegen Dr. Wagner mißverstanden. Allerdings hat dieser seine Bemerkungen in einer Form gemacht, die mißverstanden werden konnten. Ich hätte gern dargelegt, daß wir keineswegs einseitig eintreten für eine Erhöhung der Pauschquanten der Landräte, sondern für eine Erhöhung aller Pauschquanten.

Abg. Dr. **Heß** (Zentrum): Ich möchte vorschlagen, daß wir die Anträge einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überweisen, aus der ein Ausschuß für Bevölkerungspolitik entstehen könnte.

Abg. Ad. **Hoffmann** (soz. Arb.-Gem.): Durch den Schluß kann ich nicht ausführen, daß hier nichts als Worte für die Beamten geschehen. Ihr platonisches Getue hat nichts hinter sich. Mit der Behandlung der Unterbeamten sägen Sie den letzten Ast ab, auf dem Ihre kapitalistische Gesellschaft noch sitzt. Dem warmen Herzen wird hier sehr oft Ausdruck gegeben, aber an gutem Willen fehlt es. Durch den Schluß kann ich nicht zeigen, daß die Herren gar nicht daran denken, die Interessen der Beamten, Arbeiter und Pensionäre zu wahren.

Präsident Dr. Graf v. **Schwerin**: Ich muß jeden Schlußantrag zur Abstimmung bringen. Ich habe heute übrigens Herrn Hoffmann den ersten Platz auf der Rednerliste angeboten (hört, hört!) Er hat dies aber abgelehnt. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. **von Heydebrand und der Lase** (kons.): Ich erhebe dagegen Einspruch, daß Herr Hoffmann eine Geschäftsordnungsbemerkung dazu benutzt, Angriffe gegen die übrigen Parteien zu richten. Ich weise die Unterstellung zurück, daß wir die Interessen der Unterbeamten schlechter wahrnehmen wollen, als die der anderen Beamten. Das ist ein Vorgang, der den guten Gewohnheiten des Hauses geradezu Hohn spricht. Ich bitte im übrigen, die Anträge der Budgetkommission zu überweisen, da sie mit dem Etat zusammenhängen. Wir haben schon eine große Reihe von Kommissionen und es wird immer schwieriger, neue Kommissionen zu bilden.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Ich schließe mich dem Antrage auf eine besondere Kommission an, da diese Beratung doch einen anderen Charakter haben wird, als in der Budgetkommission. Herr Hoffmann hat die Hauptsache verschwiegen, daß ihm ein Platz angewiesen war. Wie er gesprochen haben würde, wissen wir jetzt. Eine solche Rede können wir nicht an den Schluß stellen, da sonst niemand Gelegenheit hat, sich gegen die unqualifizierbaren Angriffe des Abg. Hoffmann zu wehren.

Abg. **Bartscher** (Zentr.): Der Abg. Hoffmann spricht in seiner geschmackvollen Art von dem platonischen Getue des Hauses. In den letzten Monaten sind aber namhafte Beträge für die Beamten festgesetzt und ausgezahlt worden. Das erkennt die Beamtenschaft an. Aber die Teuerung nimmt leider zu. Die Beamtenschaft weiß, daß ihre Interessen nicht von Herrn Hoffmann wahrgenommen werden.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz. Arb.-Gem.): Die namhaften Beträge stehen in keinem Verhältnis zur Teuerung. Dem Herrn Präsidenten mache ich keinen Vorwurf daraus, daß er einen Schlußantrag zur Abstimmung bringt. Ich habe den ersten Platz auf der Rednerliste abgelehnt, weil ich nach dem Abg. Heß sprechen wollte. Mein Platz auf der Rednerliste sollte aus durchsichtigen Gründen geändert werden. Gleich nach dem Abg. Heß konnte ich nicht sprechen, weil der Abg. Otto nicht tauschen wollte. Wer die Interessen der Beamten vertritt, merken die Beamten an der Art, wie Sie vorgehen.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Der Abg. Hoffmann hat den angewiesenen Platz abgelehnt, weil er in besonderer Weise sprechen wollte. Darauf hat er kein Recht.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz. Arb.-Gem.): Machen Sie doch keine Ausreden, das glaubt Ihnen kein Mensch. Ihre Gewohnheit ist es, dem Volke nicht die Wahrheit zu sagen.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Ausreden zu machen wäre ein Vorwurf, wenn er von anderer Seite käme, als von dem Abg. Hoffmann. Das ist ein berufsmäßiger Verleumder.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Soz. Arb.-Gem.): Wenn der Witz ausgeht, wird man unverschämt, den Verleumder gebe ich zurück, Sie sind ein Heuchler. (Stürmische Unruhe.) Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. (Fortdauernde große Unruhe. Rufe rechts: Ruhe!) Regen Sie sich nicht auf.

Abg. **Brütt**-Rendsburg (freikons.): Nachdem ich gestern gegen den Beschluß der Budgetkommission auf Streichung der Aufwandskostenzuschüsse für die Königlichen Kommissarien bei den Provinzial- und Kommunallandtagen mich gewandt hatte, meinte ein Kommissar des Finanzministers, daß der Beschluß der Kommission nicht als Streichung des Titels, sondern als Streichung der Summe für das Jahr 1917 aufzufassen sei. Dem widerspricht der Wortlaut des Protokolls der Budgetkommission. Ich bin durchaus mit der Ansicht des Kommissars des Finanzministers einverstanden, bemerke aber, daß seine Interpretation mit rechtlicher Wirkung nicht stillschweigend, sondern nur durch ausdrücklichen Beschluß des Hauses gesetzlich festgestellt werden kann. Deshalb beantrage ich: die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, unter Aufrechterhaltung des Titels 14 im Kap. 58 der dauernden Ausgaben des Haushalts des Finanzministeriums (Aufwandskostenzuschüsse für die Königlichen Kommissarien bei den Provinzial- und Kommunallandtagen) den Betrag von 24 600 ℳ für das Jahr 1917 zu streichen.

Berlin, Schloss-Hotel (früher Splendid-Hotel)
Dorotheenstr. 77/78, 2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
Zimmer von 3 M an, Zimmer mit Bad von 6 M an.
Tel.: Amt Zentrum 2865 und 5169. Direktion Herm. Propp.
Im Hause „Wiener Schloss-Restaurant“ mit vorzügl. Küche.

Berlin W., Hospiz, Potsdamerstr. 14, am Potsdamerplatz. Vornehmes Hotel und Pension. Absolut ruhig gelegene Gartenzimmer. 2 Aufzüge.

Berlin Hotel Moltke vorm. Grand Hotel de Rome, Königgrätzerstr. 103, rechts v. Anhalt. Bhf. Pro Bett u. Zim. M. 4.—, mit Bad u. Salon doppelt. — Waschtoilette m. Warm- u. Kaltwasser.

Berlin Nur Kl. Kirchgasse 2/3, Ecke U. d. Linden 54/55.
Ruhigstes Familien-Hotel vornehmer Art. **Linden Hotel** Nicht mit ähnlichen Namen zu verwechseln.
Zimmer von 3,— Mark an.
Die Herren Offiziere erhalt. Vorzugspreise.

Berlin Hotel Deutscher Kaiser
Königgrätzerstr. 25, zw. Anhalter u. Potsd. Bhf. Zimmer mit Bad, Waschtoil. mit fließ. heiß. u. kalt. Wasser. Fahrst. Zentralheizg.

Berlin Der Berlin Koburger Hof
liegt dem Bahnhof Friedrichstrasse unmittelbar gegenüber, somit in zentralster und namentlich ruhigster Lage Berlins. Nach dem erfolgten Erweiterungsbau verfügt er jetzt über 150 Betten. 30 Eigen-Badezimmer mit AB. Zimmer mit fliessend Wasser und Fernsprecher; grosse vornehme Gesellschaftsräume.
Preise: Zimmer mit 1 Bett . . . . von M 3,50 an
Zimmer mit 1 Bett, Bad u. AB. von M 6,50 an
Zimmer mit 2 Betten . . . . von M 7,— an
Zimmer mit 2 Betten, Bad u. AB. von M 10,— an

St. Blasien im südlichen Schwarzwald 800 Meter über dem Meere
Sanatorium Luisenheim
Für Erholungsbedürftige, Nerven-, Herz-, Magen-, Darm- und Stoffwechselkranke (ausgenommen infektiös Erkrankte).
Physikalische Heilmittel jegl. Art. Diätkuren. Vorzügl. Einrichtungen für Winterkuren.

Wiesbaden * Hessischer Hof vormals Englischer Hof.
Bekanntes Kochbrunnenbadhaus u. Familienhotel. Mod. Einrichtg. bei mäßigen Preisen. Prospekt. Empf. Dtsch. Offiz. Verein 1916.

Das Haus beschließt nach diesem Antrag. Entgegen dem Antrag **Korfanty werden** die sämtlichen Titel zur Förderung des Deutschtums aufrechterhalten. Der Etat des Finanzministeriums wird bewilligt. Der Kommissionsantrag wegen Erweiterung der Rückzahlungsfrist für die Notstandsdarlehen aus Anlaß der Sturmflutschäden von 1913/14 wird angenommen. Die Anträge Fürbringer und v. Maltzahn auf Notstandsdarlehen für die Seebäder werden dem Staatshaushaltsausschuß, die sämtlichen Anträge wegen der Kriegsteuerungszulagen usw. einem besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Haus geht über zum Haushalt der **Justizverwaltung**. Die verstärkte Haushaltskommission beantragt durch ihren Referenten Abg. **v. d. Hagen** (Zentr.) die unveränderte Genehmigung der Einnahmen und die unveränderte Bewilligung der Ausgaben dieses Haushalts. Der Referent verbreitet sich ausführlich über die Kommissionsverhandlungen zur Frage der Vereinfachung der Justizpflege für die Kriegsdauer.

Abg. **Delbrück** (kons.): Es dürfte begreiflich erscheinen, wenn wir auch bei diesem Etat während des Krieges vorwiegend nur Fragen behandeln, die mit dem Kriege zusammenhängen. Die Justizunterbeamten erkennen dankbar an, was ihnen an Entgegenkommen seitens der Staatsregierung durch die Teuerungszulagen zuteil geworden ist. In der Hauptsache haben sich die Verhandlungen in der Kommission mit der Frage der Vereinfachung des Gerichtsverfahrens, wie sie der Krieg erfordert, beschäftigt. Die Voraussetzung ist, ob wir wirklich Leute freimachen müssen für den Heeresdienst. Ist das nötig, dann muß es mit der Vereinfachung gehen und wird es gehen. Es ist sehr wohl zu verstehen, daß die Annahme immer mehr Boden findet, daß eine große Menge von Sachen eben so gut von einem einzelnen Richter wie von einem Kollegium erledigt werden können. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte aus diesem Grunde zu erweitern, geht aber schon deshalb nicht an, weil die Amtsgerichte schon heute überlastet sind. Auch ist es undenkbar, daß ein Richter alle die Sachen bearbeiten kann, die bisher drei Richter bearbeitet haben; zwei werden immer nötig sein und dann wird es bereits zweifelhaft, ob eine wirklich ins Gewicht fallende Anzahl von Personen erspart werden kann. Ob es gelingen wird, die Erhebung der Privatklagen einzuschränken, möchte ich bezweifeln. Aus eigener langjähriger Erfahrung muß ich bezeugen, daß die Schwurgerichte nicht so leichthin als eine unbrauchbare Institution bezeichnet werden dürfen, wie es heute häufig geschieht. Vieles hängt ja von der Person des Vorsitzenden ab. Die vielen vorkommenden Fehlsprüche darf man aber nicht der Einrichtung als solcher zur Last legen. Es wird nur geringer Verbesserungen bedürfen, um sie zu befähigen, befriedigend zu funktionieren. Der Zwang für alle Geschworenen und Ersatzgeschworenen der ganzen Periode beizuwohnen, ist eine Beeinträchtigung der bürgerlichen Freiheit, die in Wegfall gebracht werden muß. Der von mir in der Kommission gemachte Vorschlag, die Besserung in der Einführung eines Vortermins zu suchen, der diesem Zwang für den größeren Teil ein Ende machen würde, ist zwar einstweilen nicht auf Gegenliebe gestoßen, ich hoffe aber, daß die dagegen erhobenen Bedenken allmählich zurücktreten werden. Gleichzeitig muß eine Vereinfachung des Verfahrens herbeigeführt werden.

Abg. Dr. **Bell** (Zentr.): Die Verlängerung des Krieges hat natürlich keine Besserung der unbefriedigenden Verhältnisse unserer Justizpflege gebracht. Unauslöschlicher Dank ist allen in treuer Pflichterfüllung gefallenen Angehörigen der Rechtspflege sicher; ebenso dankbar aber haben wir auch der Daheimgebliebenen zu gedenken, die unverdrossen ihre Arbeit und die ihnen entstandene Mehrarbeit getan haben. Auch wir wünschen, daß den Referendaren die Kriegshilfsdienstzeit auf ihren Vorbereitungsdienst angerechnet wird. Erfreulicherweise hat der Justizminister hier eine Zusage gemacht. Nicht so bestimmt lautet diese Zusage hinsichtlich der Referendare, die am Kriegsentschädigungsamt beschäftigt sind. Auch hier werden die Betreffenden mit allen den Fragen befaßt, welche sich auf ihren Vorbereitungsdienst beziehen. Auch bezüglich der Ernennung der Assessoren zu Richtern und Staatsanwälten hat der Krieg höchst nachteilig eingewirkt. Namentlich die Zahl der älteren Assessoren hat sehr zugenommen. Man sollte daher mehr als bisher auf deren Anstellung Rücksicht nehmen. Gerade an die Assessoren werden ja infolge des Richtermangels erhöhte Anforderungen gestellt. In den Kreisen der beteiligten Assessoren besteht eine große Beunruhigung, die durch die augenblicklichen Teuerungsverhältnisse noch verstärkt wird. Das Richterbesoldungsgesetz bestimmt, daß der sechs Jahre überschreitende Teil der Assessorenzeit auf das Dienstalter nicht anzurechnen ist. Mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse wäre hier eine Abänderung dringend erwünscht, um den jungen Richtern und Staatsanwälten entgegenzukommen. Die für eine Beförderung ausersehenen Richter und Staatsanwälte sollten nicht für die ganze Kriegsdauer von der Beförderung ausgeschlossen werden. Es könnte, je länger der Krieg dauert, diesen Herren auch das Verjüngungsprinzip hindernd in den Weg treten. Auch diese Kreise sind daher dem Justizministerium besonders zu empfehlen. Die fortgesetzte Führung der Personalakten, der früheren Konduitenlisten, erscheint ungesetzlich; wenigstens sollte entsprechend dem Vorgange des Reichstages beim Kolonialbeamtengesetz bestimmt werden, daß die Betreffenden von den Eintragungen Nachricht erhalten. Das gilt besonders von den Assessoren, die durch ungünstige Eintragungen außerordentlich nachteilig betroffen werden können. Eine Aufklärung des Sachverhalts kann oft die Unrichtigkeit der Eintragung dartun. Ich muß deshalb im Sinne der „Deutschen Richterzeitung" die Bitte aussprechen, gerade jetzt im Kriege die unzweckmäßige Einrichtung aufzuheben. Ungeachtet der Anordnung des Ministers werden noch immer Berichte der Richter über die Assessoren eingefordert. Die ministerielle Erklärung müßte von den zuständigen Stellen künftig besser beachtet werden. (Sehr richtig!) Die mittleren Beamten haben ihre Wünsche in einer Denkschrift geäußert. Sie verdienen eine wohlwollende Prüfung und Erwägung der Justizverwaltung. Die mittleren Beamten beschweren sich mit Recht über den unzeitmäßigen Titel „Gerichtsschreiber". Warum hat man eine solche Scheu vor einem Fremdwort in diesem Falle? Die soziale Stellung dieser Beamten wird durch diesen Titel beeinträchtigt. Auch die Gehaltsverhältnisse der mittleren Beamten sind unbefriedigend. Die Aktuare müssen entweder schneller zu Sekretären befördert oder es muß ihr Maximalgehalt erhöht werden. Das Institut der Kanzleigehilfen ist entwürdigend, sie müssen sobald wie möglich im Orkus verschwinden. An der Lage der deutschen Anwaltschaft und des deutschen Notariats kann ich nicht vorübergehen, obwohl ich selbst ein Mitglied dieser Körperschaft bin. Die Anwaltschaft und das Notariat befindet sich infolge des Weltkrieges in einer sehr schlimmen wirtschaftlichen Lage. Auf die Vorschläge wegen einer Erhöhung der Gebühren gehe ich hier nicht ein, weil man im Reichstage von einem solchen Vorschlage für die Dauer des Krieges abgesehen hat. Hoffentlich erfolgt nach dem Kriege eine angemessene Erhöhung der Gebühren. Die heutige Gebührenordnung geht auf das Jahr 1878 zurück. Seitdem sind die Bureaukosten und die allgemeinen sozialen Lasten der Anwälte enorm gewachsen. Eine volkstümliche Rechtspflege erfordert die Erhaltung und Stärkung eines finanziell unabhängigen Anwaltstandes, um einer Proletarisierung vorzubeugen. Die Frage des numerus clausus muß nach dem Frieden geklärt werden im Sinne der Unabhängigkeit und Sicherung des deutschen Anwaltstandes. Das Verhältnis zwischen Richtern und Anwälten hat sich im Laufe der Kriegszeit ganz wesentlich gebessert. Nur durch gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Aussprache kann eine Besserung erfolgen. In der Beurteilung der Anwälte durch Organe der deutschen Richter sollte doch mehr Vorsicht geübt werden. Wohin soll es führen, wenn hohe Richter Anschauungen vertreten, die im Volke die Meinung aufkommen lassen, daß die Anwälte nur ein Notbehelf und womöglich minderwertig sind. Räudige Schafe gibt es in allen Berufen. Der Anwaltszwang ist nicht geschaffen im Interesse der Anwälte, sondern der Rechtspflege. Gegen Bestrebungen, das Volk vor dem Anwaltszwang gruselig zu machen, muß schon jetzt entschieden Stellung genommen werden. Ein deutscher Richter hat das Verdienst, die Unhaltbarkeit dieser Bestrebungen nachgewiesen zu haben. Schon die große Zahl der Gesetze und Verordnungen rechtfertigt die Aufrechterhaltung des Anwaltszwanges. Die außerordentliche Notlage des deutschen Anwaltstandes muß durch weitere Mittel moralisch und wirtschaftlich behoben werden. Unsere Stellung zur Ostmarkenzulage ist bekannt. Wir haben getrennte Abstimmung beantragt. Den Gedanken, kleinere Amtsgerichte zusammenzulegen, können wir im Interesse gerade der ländlichen Bezirke unter keinen Umständen billigen. (Zustimmung.) Hier wäre eine Sparsamkeit am unrechten Platz. Was sollte denn aus den freiwerdenden fiskalischen Gebäuden werden? Kaiserliche Erlasse wegen Löschung von Vermerken in den Strafregistern werden häufig dadurch illusorisch gemacht, daß Vermerke inzwischen gelöscht waren infolge Kaiserlichen Gnadenerlasses. (Heiterkeit und Zurufe links.) Der Minister sollte bündig erklären, daß in Zukunft dieses Verfahren baldigst abgeändert wird. Zur Verbesserung der Lage des Haus- und Grundbesitzes möchte ich den Justizminister bitten, auch unseren Beschluß wegen der Erhöhung der Beleihungsgrenze zu beachten. Eine zeitgemäße Aenderung unserer Strafgesetzordnung des Strafgesetzbuches und der Zivilprozeßordnung wird seit einem Jahrzehnt dringend gefordert. Der Krieg hat die Reform unterbrochen, nach dem Kriege wird die Arbeit wieder aufgenommen werden müssen. Unsere Jugendstrafprozeßordnung ist durch den Krieg ins Stocken geraten. Diese und andere Fragen sind nicht bloß Fragen der Juristen, alle Teile des Volkes müssen daran mitarbeiten, sie haben das Teffste Interesse daran, wie es im vorigen Jahrhundert der Fall war. Die vom Reichsjustizamt erlassenen Entlastungsverordnungen bedürfen einer gründlichen Nachprüfung, da sich daran weitgehende Vorschläge knüpfen. Einer Herabsetzung der Berufungsgrenze und einem Wiederheraufsetzen der Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte muß entschieden widersprochen werden. Zu den Vorschlägen des Justizministers muß ich die Stellung meiner Fraktion vorbehalten. Ich spreche zunächst für meine Person. Sie atmen zu sehr die Luft des Kastanienwäldchens, sind aber außerordentlich bedenklich. Es scheint ein Friedensprogramm zu sein. Diese Dinge gehören zur Zuständigkeit des Reichs. Eine gelegentliche Gesetzgebung darf die Reform nicht präjudizieren. Nur was der Krieg vorübergehend erfordert, darf in unserer Rechtspflege geändert werden. Eine Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte wäre uns an sich sympathisch, aber es ist gefährlich, jetzt im Kriege eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Frage darf nicht aus der Reform der Strafprozeßordnung gedrängt werden. Die Konkursverbrechen, einige Sittlichkeitsverbrechen den Schwurgerichten abzunehmen und sie auf die Strafkammern zu übertragen, ist ebenfalls eine Frage, die mit der Reform der übrigen Strafprozeßordnung zusammenhängt. Solange wir die Berufung gegen die Urteile der Strafkammern nicht haben, müssen wir uns gegen die Erweiterung ihrer Zuständigkeit wehren. Die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Zahl der Geschworenen müßte uns erst statistisch nachgewiesen werden. Die Zivilprozesse haben doch abgenommen und die Strafprozesse im allgemeinen auch. Die Strafprozeßordnung durchzieht das Legitimitätsprinzip. Jetzt will man dieses durchbrechen und das Opportunitätsprinzip und damit die Erweiterung des staatsanwaltlichen Ermessens an die Stelle setzen. Auch hier haben wir die größten Bedenken. Das Vertrauen auf unsere Rechtspflege kann dadurch bedenklich erschüttert werden, namentlich wenn bei Verstößen gegen die Kriegsverordnungen in der Nahrungsmittelversorgung die Anträge in dem einen Fall erhoben werden, im anderen unterbleiben. Daß von den Privatklagen nur die wichtigen Fälle während des Krieges erledigt werden sollen, die anderen bis nach dem Kriege verschoben werden sollen, wobei dem Richter zu entscheiden bleibt, welche Fälle wichtig sind, müssen wir ebenfalls beanstanden. Ist denn z. B. die persönliche Ehre ein minderbedeutsames Rechtsgut? Welche Fälle als wichtig und welche als nichtig anzusehen sind, das kann der Richter gar nicht beurteilen, wenn er nur die Klage erhält, das kann erst aus den Gründen und Gegengründen der Parteien sich ergeben. Die Ausdehnung des Strafbefehls auf alle Uebertretungen erscheint nicht weniger bedenklich. Auch für das Zivilprozeßverfahren hat der Minister tiefeinschneidende Abänderungsvorschläge gemacht. Er will die Zivilkammern statt mit drei Richtern nur mit einem besetzen. Man soll gar nicht erst die Probe darauf machen, sie wird und muß uns mißlingen. Bisher hörten wir doch nur, daß die Zivilkammern überlastet sind und nun soll ein Richter mit dem nämlichen Erfolge leisten können, was bisher drei Richter nicht oder nur mit Mühe geschafft haben. Dagegen könnten Vereinfachungen im Schreibwerk vorgenommen werden, die die mittleren Beamten entlasten und den Teil der Beamten für andere Arbeiten freimachen würde. Es darf nichts geschehen, was geeignet ist, die Unabhängigkeit des Richterstandes zu erschüttern. Von diesem Standpunkt ist es bedauerlich, daß aktenmäßig von Dienstvorgesetzten der Richter die Mahnung und Weisung gekommen ist, möglichst hohe Strafen zu verhängen, namentlich bei Vergehen gegen die Kriegsverordnungen. Gegen diesen Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Justizminister Dr. **Beseler**:

Daß aus dem Justizministerium derartige Anweisungen für die Richter ergangen wären, davon weiß ich nicht eine Silbe und weiß auch nicht, wie der Vorredner zu dieser Behauptung kommt. Vielleicht liegt eine Verwechslung mit einer Anweisung an die Staatsanwälte vor. Aber auch hier kommt keine allgemeine Anweisung in Frage, die wäre ja geradezu töricht; andererseits hat sich im Publikum die Meinung gebildet, es würden auch schweren Verbrechen, namentlich gewinnsüchtigem Kriegswucher gegenüber, viel zu milde geurteilt, es würden auch bei Veruntreuungen großer Geldsummen nur auf verhältnismäßig kleine Geldbußen erkannt. Das kann ich doch nicht ruhig mitansehen. Andere Anweisungen habe ich in keiner Weise erlassen und kann nur mein großes Bedauern über diese Behauptung aussprechen. (Zuruf des Abg. **Bell**.) Daß sich die alten Gerichtsassessoren durch den Krieg und dessen Fortdauer in eine schlechte Lage gedrängt sehen, habe ich früher schon anerkannt und bedaure das aufrichtig, aber ich kann doch darum allein nicht Anstellungen vornehmen, die sachlich wegen Mangel an Beschäftigung ungerechtfertigt sein würden. Ich freue mich jedesmal, wenn ich einen von ihnen anstellen kann, aber über die Verhältnisse hinaus kann ich doch auch nicht. Für die Anwaltschaft, soweit es in meinen Kräften steht, etwas zu tun, habe ich mich schon voriges Jahr bereit erklärt. Ich habe mich bestrebt, für die Anwälte, die ihre Praxis eingebüßt haben, eine Stellung zu finden, die sie ausfüllen können, die ihnen ein besseres Einkommen gewährt, sei es bei Kommunen, sei es in Stellen der vielen Kriegsverwaltungen. Es sind viel weniger Meldungen gekommen, als ich gedacht habe; soweit sie gekommen sind, sind sie weitergegeben worden. An eine neue Gebührenordnung während des Krieges soll doch wohl auch nach der Meinung des Vorredners nicht herangegangen werden; nach dem Kriege wird sie aufs eingehendste erwogen werden müssen, und da kann sich sehr wohl auch eine Erhöhung als unumgänglich herausstellen, weil die Verhältnisse gegen 1879 eben ganz andere geworden sind. Mit der Löschung der Vorstrafen im Strafregister kann nicht anders verfahren werden, wie verfahren worden ist. Die Staatsanwälte müssen die Nachricht bekommen, was gelöscht ist, denn ohne das können sie nicht prüfen, ob Rückfälle vorliegen. Sie könnten also ihre Pflicht nicht tun. Der Fehler, der begangen worden ist, liegt darin, daß die Mitteilung in öffentlicher Verhandlung vorgelesen wird; das ist ganz und gar unverständlich, ein derartiges Vorlesen des Strafregisters ist durchaus nicht am Platze. Was ich im Ausschuß über die allgemeinen Fragen der Reform der Justizpflege vorgetragen habe, ist nur meine persönliche Ansicht, es sind nicht Vorschläge der Regierung. Ihr Grundgedanke ist: jeder Beamte, der für den Krieg Verwendung finden könnte, ist dort auch am notwendigsten, also soll die Arbeit soweit eingeschränkt werden — natürlich nicht weiter, als sie es verträgt, denn die Justizpflege muß auf der Höhe bleiben, die sie innehat. Hiernach können Ersparnisse einsetzen, einmal, indem wir weniger Leute beschäftigen, zweitens, indem wir dem Publikum die Rechtspflege vereinfachen. In absehbarer Zeit werden wir uns ja wieder mit diesen Ideen, wenn sie sich zu Vorschlägen verdichtet haben, beschäftigen. Dann werden auch die Einwendungen, die heute gemacht worden sind, berücksichtigt werden können. Was ich im Ausschuß vorgebracht habe, habe ich mit der größten Vorsicht vorgebracht, daß alles angenommen werden müßte, habe ich nicht erwartet. Ich bin der Meinung, daß in der Kriegszeit alles geschehen muß, was der Krieg erfordert. Ich kann auch nicht anerkennen, daß die Vorschläge des Vorredners zu einer Vereinfachung beitragen. Was er in bezug auf die Registrierarbeiten im Auge hat, hat sich während des Krieges in der Eisenbahnverwaltung als schädlich und nachteilig herausgestellt.

Hierauf wird Vertagung beschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Bell** (Zentr.): Der Justizminister hat bedauert, daß ich ausgeführt hätte, er habe an die Gerichte die Weisung gegeben, in bestimmten Fällen möglichst hohe Strafen zu verhängen. Diese vom Justizminister zurückgewiesene Behauptung habe ich mit keinem Worte aufgestellt. (Hört, hört! im Zentrum.) Ich habe mit solcher Deutlichkeit und Klarheit, die auch vom Justizminister nicht hätte mißverstanden werden sollen, ausgeführt, daß von Dienstaufsichtsstellen an die Gerichte derartige Anweisungen gegeben worden seien und daß auch andere Behörden aktenkundig darauf hinzuwirken gesucht hätten. Diese Behauptung halte ich aufrecht, und ich hoffe, daß solche Fälle sich in Zukunft nicht wiederholen werden. (Zustimmung.)

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Justizetats; Kultusetat.)

Amtliche Nachrichten.

Aus dem „Reichs- und Staatsanzeiger".

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem ordentlichen Honorarprofessor in der medizinischen Fakultät und Abteilungsvorsteher am Pathologischen Institut der Universität in Berlin, Geheimen Medizinalrat Dr. **Salkowski** den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,

dem Oberbahnhofsvorsteher a. D., Rechnungsrat **Reichstein** in Breslau den Königlichen Kronenorden dritter Klasse,

dem Oberbahnassistenten **Wägener** in Braunschweig, den Oberbahnassistenten a. D. **Freye** in Dessau, **Hufschläger** in Magdeburg und **Senf** in Groswig bei Bad Schmiedeberg das Verdienstkreuz in Gold,

dem Eisenbahnkanzleisekretär a. D. **Dobert** in Magdeburg, den Eisenbahnlokomotivführern a. D. **Becher** in Schierstein a. Rh., **Eberwein** in Leipzig-Volkmarsdorf, **Golombek** in Lübbenau, Kreis Kalau, und **Witte** in Cottbus, dem Eisenbahnzugführer a. D. **Nürnberger** in Berlin-Schöneberg und dem Marinekasernenwärter a. D. **Fischer** in Malente-Gremsmühlen das Verdienstkreuz in Silber,

dem bisherigen Eisenbahnwerkhelfer **Stöcklein** in Halberstadt das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens sowie

dem Gutsstellmachermeister **Butller** in Schönberg, dem Diener und Gutsgärtner **Hapke** in Garben, beide Kreis Rosenberg W. Pr., den Eisenbahnschaffnern a. D. **Liewald** in Roßlau, **Mierisch** in Wittenberg und **Voßfeld** in Magdeburg, den Eisenbahnlademeistern a. D. **Hirschfeld** in Dessau und **Japke** in Halberstadt, dem Eisenbahnrangiermeister a. D. **Grothe** in Magdeburg, den Eisenbahnweichenstellern a. D. **Hummel** in Cöthnitz, Kreis Bitterfeld, **Koch** in Meisdorf, Mansfelder Gebirgskreis, **Neumann** in Barleben, Kreis Wolmirstedt, und **Rockahr** in Burg bei Magdeburg, den Bahnwärtern a. D. **Laubinger** in Holle, Kreis Marienburg i. Hann., **Rachut** in Groß Kreutz, Kreis Zauch-Belzig, und **Südekum** in Rohlum, Landkreis Halberstadt, dem Eisenbahnschrankenwärter a. D. **Oesteritz** in Ruhlsdorf, Kreis Schweinitz, dem bisherigen Aushilfsbahnwärter **Schmaler** in Zeche Mobelz, Kreis Rothenburg O. L., dem bisherigen Eisenbahnhilfspförtner **Knauth** in Leina, Landkreis Weißenfels, dem bisherigen Eisenbahnvorschmied **Schaedler** in Cottbus, dem bisherigen Eisenbahnwerkhelfer **Weitlandt** in Güsten, Anhalt, dem bisherigen Eisenbahnlokomotivauswascher **Barner** in Halberstadt, den bisherigen Bahnunterhaltungsarbeitern **Heinrich** in Belzig, Kreis Zauch-Belzig, und **Pohl** in Schönwalde, Kreis Sorau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser haben im Namen des Reichs den Kaufmann **Trygve Nissen** zum Konsul in Hammerfest zu ernennen geruht.

Dem bei dem Kaiserlichen Generalkonsulat in Konstantinopel beschäftigten Königlich preußischen Gerichtsassessor **Zimmen** ist auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 in Verbindung mit § 85 des Gesetzes vom 6. Februar 1875 die Ermächtigung erteilt worden, in „Vertretung" des Generalkonsuls bürgerlich gültige Eheschließungen von Reichsangehörigen und Schutzgenossen, einschließlich der unter deutschem Schutze befindlichen Schweizer, vorzunehmen und die Geburten, Heiraten und Sterbefälle von solchen zu beurkunden.

Königreich Preußen.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den Hauptobservator des Königlichen Astrophysikalischen Observatoriums, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. **Gustav Müller** zum Direktor des Königlichen Astrophysikalischen Observatoriums bei Potsdam und

den Baurat **Goetzke** in Duisburg-Ruhrort zum Regierungs- und Baurat zu ernennen sowie

dem Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommission und der Steuerausschüsse der Gewerbesteuerklassen III und IV für den Kreis Teltow, Regierungsrat **Görlich** in Berlin den Charakter als Geheimer Regierungsrat zu verleihen.

Erledigte Pfarrstellen in der evangelischen Landeskirche.

Ostpreußen. **Drengfurt**, Diöz. Rastenburg, 1. Pfarrstelle, Kgl. Patr., d. Dienstentlassung erl. Grundgeh. 4500 ℳ nebst Wohnung. Gemeindewahl. Bewerb. beim Konsist. — **Willkischken und Laugszargen**, Diöz. Tilsit, 2. Pfarrst., Kgl. Patr., zum 1. April d. Emer. erl. Grundgeh.-Kl. I nebst Wohnung. Gemeindewahl. Bewerb. beim Konsist. Kenntnis der litauischen Sprache erf.

Pommern. **Jarmen**, 2. Pfarrst., Syn. Demmin. Königl. Patr. durch Vers. erl. u. zum 1. März wieder zu bes. Grundgeh.-Kl. I, Dienstwohn. Gemeindewahl. Bewerb. b. d. Konf. — **Zezenow**, Syn. Stolp-Altstadt, priv. Patr. Wiederbes. sofort. Grundgeh.-Kl. II, Dienstwohn. Bewerb. b. d. Fideikommißbes., Kammerherrn Grafen v. Zitzewitz auf Zezenow, Kr. Stolp. — **Bast**, Syn. Köslin, Königl. Patr. Durch Pens. erl. u. zum 1. April wieder zu bes. Grundgeh.-Kl. III — 3000 ℳ —, Dienstwohn. Bewerb. b. d. Konf.

Posen. **Wilhelmsau**, Diöz. Posen I, patronatsfrei. Durch Tod erl. u. zum 1. Sept. d. J. wieder zu bes. Grundgeh.-Kl. I, fr. Dienstwohn. Bes. b. d. Kirchenreg. Bewerb. binnen 4 Wochen b. d. Konf.

Schlesien. **Neusalz** a. O., 2. Pfarrst., Diöz. Freystadt. Grundgeh.-Kl. I, Dienstwohn. Wiederbes. sofort. Gemeindewahl. Bewerb. bald b. d. Konf. — **Berbisdorf**, Diöz. Schönau. Durch Tod erledigt und zum 1. Juli wieder zu bes. Grundgeh.-Kl. I, Dienstw. Bewerb. b. d. Frl. von Kramsta auf Nieder-Berbisdorf, Post Hirschberg i. Schl., bis 15. März. — **Oßig-Petschkendorf**, Diöz. Lüben. 2 Kirchen. Grundgeh.-Kl. I, 1200 ℳ Zusch. u. fr. Dienstwohn. Bewerb. b. d. Major v. Lucke auf Oßig, Kr. Lüben. Wiederbes. sofort. — **Auras**, Diöz. Wohlau. Grundgeh.-Kl. I, Dienstwohn. Bewerb. bald b. d. Magistrat in Auras. Wiederbes. zum 16. April.

Sachsen. **Wiedersbach**, Diöz. Schleusingen. Durch Tod erl. u. zum 1. Juni wieder zu bes. 2 Kirchen. Grundgeh.-Kl. I, 322 ℳ Fuhrkosten, 100 ℳ Ersch.-Zul. u. fr. Wohn. Bes. b. d. Kirchenreg. Bewerb. b. d. Konf. — **Ostheeren**, Diöz. Tangermünde. Königl. Patr. 2 Kirchen. Grundgeh.-Kl. I, fr. Wohn. Bes. b. d. Kirchenreg. Bewerb. bis 15. März b. d. Konf. — **Staritz**, Diöz. Belgern. Grundgeh.-Kl. I, Dienstwohn. Bes. b. d. Kirchenreg. Bewerb. bald b. d. Konf.

Hannover. **Lehrte**, 1. Pfarrst., Insp. Burgdorf. Grundgeh. 3600 ℳ, 300 ℳ Grundgeh.-Zusch. u. fr. Wohn. Gemeindewahl. — **Sulingen**, 2. Pfarrst., Insp. Sulingen. Grundgeh. 2400 ℳ, fr. Wohn. Gemeindewahl.

Westfalen. **Langewiese**, Syn. Wittgenstein. Grundgeh. 2400 ℳ, Dienstwohn. Bes. b. d. Kirchenreg. Bewerb. b. d. Konf.

Gerichtshalle.

th. Als eine besonders verwerfliche Schädigung des Gemeinwesens bezeichnete der Vorsitzende des Schöffengerichts Berlin-Mitte, Geheimer Justizrat **Reich** die Handlungsweise des Hausbesitzers und Rentiers **Albert Knebandel**, der sich wegen Betruges zu verantworten hatte. In dem Hause des Angeklagten in der [...]steinstraße wohnen mehrere Kriegerfamilien. Eine dieser Kriegerfrauen hatte sich an den zuständigen Bezirksvorsteher gewandt, um einen Mietsnachlaß zu erlangen. Die Stadt Berlin gewährt bekanntlich die Mietsbeihilfe an Kriegerfamilien nur unter der Bedingung, daß auch die Hauseigentümer ihrerseits einen angemessenen Mietsnachlaß bewilligen. Verhandlungen mit dem Angeklagten bei dem Mietseinigungsamt führten zu dem Ergebnis, daß er den Revers unterschrieb, wonach er in eine kleine Ermäßigung der Monatsmiete willigte, aber vorsichtigerweise noch hinzusetzte: „aber nur während der Dauer des Krieges". Er hat aber diese seine Verpflichtung einfach nicht beobachtet, sondern von der Kriegerfrau Monate hindurch den vollen Rest der von ihr zu entrichtenden Miete verlangt und auch erhalten, da die Frau auf die Andeutung des Angeklagten genötigt wurde, daß sie anderenfalls ausziehen müßte. Die Sache kam schließlich durch eine Anzeige ins Rollen und es erfolgte die Anklage wegen Betruges. Der Angeklagte versuchte, sein Verhalten durch stark unwahrscheinliche Angaben zu rechtfertigen. Der Staatsanwalt hielt es demgegenüber für gänzlich ausgeschlossen, daß ein Hauswirt, der auch ein städtisches Ehrenamt bekleidete, nicht ganz genau über die Sachlage bei den Mietsbeihilfen des Magistrats unterrichtet gewesen sein sollte. Es liege hier ein sehr schwerer Fall des Betruges vor, der auf schnöde Gewinnsucht zurückzuführen sei. Das Schöffengericht war derselben Meinung und verurteilte den Angeklagten unter Berücksichtigung seiner bisherigen Unbescholtenheit nach dem Antrage des Staatsanwalts zu **500 ℳ Geldstrafe** event. 100 Tagen Gefängnis.

th. Eine Personenverwechslung, die dem Beamten einer Bank unterlief, hatte der Kaufmann **Ernst Müller** zu einem Betruge benutzt, durch den sie um 23 000 ℳ geschädigt wurde. Er hatte sich deswegen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im August v. J. erhielt Müller, der früher ein Konto bei der Kommerz- und Diskontobank besessen hatte, von dieser einen Kontoauszug versehentlich übermittelt, der auf den Namen eines anderen Müller lautete und mit einem Guthaben von 23 000 ℳ zu dessen Gunsten abschloß. Der Angeklagte machte sich dieses Versehen nun zu nutze, indem er den Kontoauszug als richtig bestätigte und um Auszahlung seines angeblichen Guthabens bat. Diese erfolgte denn auch in der Tat wiederum aus einem Versehen. Mit dem Gelde beglich der Angeklagte seine Schulden, jedoch verringerte sich der Verlust der Bank erheblich, da sie, als der Irrtum entdeckt worden war, gegen 10 000 ℳ von dem falschen Müller zurückerhielt, die er von seinen Schuldnern eingezogen hatte. Mit Rücksicht auf sein volles Geständnis und den Willen, den Schaden wieder gut zu machen, billigte ihm der Staatsanwalt mildernde Umstände zu und beantragte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte demgemäß auf **1 Jahr 3 Monate Gefängnis**.

th. Recht unangenehm wurde eine Zeitlang ein Leutnant an seine frühere Wirtin erinnert, die sich heute in der Person der Vermieterin **Anna Frazki** wegen versuchter Erpressung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III verantworten mußte. Eines Tages erhielt er von der Angeklagten einen Brief, in dem sie von ihrem früheren Mieter 2- bis 300 ℳ für gehabte Arztkosten verlangte. Sie begründete diese Forderung damit, daß sie behauptete, sie habe sich infolge des Waschens mehrerer ihm gehöriger Gegenstände eine erhebliche Augenentzündung sowie solche an einem Finger zugezogen, die beide eine längere ärztliche Behandlung erfordert und sie an ihrer Arbeit gehindert hätten. Als eine Antwort und erst recht das gewünschte Geld nicht eintraf, folgte ein zweiter Brief, den sie sich wie den ersten hatte schreiben lassen, und der gleich diesem mit der Drohung schloß, sie werde sich im Weigerungsfalle mit allerhand unangenehmen Mitteilungen an das Bataillon des Leutnants wenden. So war aber an den Unrechten gekommen, denn der Leutnant erstattete Anzeige und so wurde die ehemalige Wirtin gestern zu **1 Monat Gefängnis** verurteilt.

Handel und Industrie.

* **Rostocker Bank.** Der Reingewinn der Bank im abgelaufenen Jahre beläuft sich auf 314 854 ℳ (305 449 ℳ). Aus ihm sollen wieder 5% Dividende zur Verteilung gelangen, außerdem soll u. a. eine Rückstellung von 180 000 ℳ erfolgen und der Reservefonds mit 50 000 ℳ (40 000 ℳ) dotiert werden. Im Rechenschaftsbericht heißt es, daß der Geschäftsgang des Institutes sich weiter in aufsteigender Richtung bewege. Weiterhin spricht die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Krieg die Hoffnung aus, auf der gefestigten Grundlage des Institutes die trüben Geschäftsjahre bald hinter sich zu haben, wie die Geschäftslage im neuen Jahre hinzudeuten scheine.

* **A.-G. vormals C. H. Stobwasser & Co. i. L.**, Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnungen für 1911/12, 1912/13, 1913/14, 1914/15 und 1915/16 und erteilte Entlastung. Der jetzige Liquidator erklärt, daß er sowohl wie der Aufsichtsrat nicht in der Lage sei, eine Gewähr für die Richtigkeit der Vermögensaufstellung zu übernehmen, soweit es sich um Vorgänge aus der Amtstätigkeit seines Vorgängers handle. In den Jahren 1911/12 und 1912/13 sind auf die 500 000 ℳ Vorzugsaktien 600 [...] zurückgezahlt, so daß bis zum 31. Oktober 1916 insgesamt 399 200 ℳ auf die Vorzugsaktien ausgeschüttet worden sind. Das Kapital der Stammaktien beträgt 247 500 ℳ. Irgendeinen Betrieb übt die Gesellschaft nicht aus. Der Geschäftsbericht beschäftigt sich eingehend mit den Vorgängen bei der Gesellschaft während der Amtstätigkeit des früheren Liquidators. Für das am 31. Oktober 1916 beendete Geschäftsjahr wird ein Verlust von 244 254 ℳ ausgewiesen, der sich für 1912/13 auf 242 438 ℳ ermäßigt, in den beiden nächsten Jahren gleich hoch bleibt, für 1915/16 sich aber um rund 19 300 ℳ auf 261 854 ℳ erhöht. Dies ist nach Mitteilung der Verwaltung dadurch gekommen, daß die Stobwassergesellschaft durch die Maßnahmen des früheren Liquidators ihres Geschäftsanteiles von 19[...] Mark an der Verwaltungs- und Liquidationsgesellschaft m. b. H. verlustig ging.

* **Fabrik für Blechemballage vorm. O. F. Schar[...] Nachf. A.-G.** In der Generalversammlung wurde erklärt, daß die Aussichten günstige seien. Das Unternehmen sei sehr gut beschäftigt und auf mehrere Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Die Belieferung der Rohmaterialien sei befriedigend.

* **O. Titels Kunsttöpferei A.-G. in Liquidation.** In der Generalversammlung wurde der Verlustabschluß in Höhe von 573[...] Mark genehmigt. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, daß die Fabrikgebäude in Neuenhagen an eine einzige Partei verpachtet sind und der Vertrag auf ein Jahr laufe. Die Unkosten dürften daher für die Gesellschaft im laufenden Jahre um 10 000 ℳ verringern.

Einladung
zur 18. ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der
Kammgarnspinnerei Schedewitz Aktiengesellschaft, Schedewitz.
auf **Montag, den 12. März 1917, mittags 12 Uhr,** nach dem Europäischen Hof in Dresden.

Tagesordnung:
1) Vorlegung des Geschäftsberichts sowie der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1916.
2) Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie über Verwendung des Reingewinns.
3) Beschlußfassung über Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4) Wahlen für den Aufsichtsrat. Es scheiden aus
Herr Kammerherr Carl von Leipzig, auf Kropstädt,
Herr Major a. D. Curt von Trebra, auf Polenz.

Diejenigen Aktionäre, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben nach § 20 der Satzung dem die Anwesenheitsliste führenden Notar ihre Aktien vorzuweisen oder Hinterlegungsscheine über bei der Gesellschaft, bei einer deutschen Gerichtsbehörde oder bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin oder bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig und bei der Sächsischen Bank in Dresden niedergelegte Aktien vorzulegen.

Schedewitz, den 23. Februar 1917. 988

Der Vorstand.
G. Bartig. Kretzschmar.

Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.
Die Aktionäre unserer Bank werden laut der im „Deutschen Reichsanzeiger" vom 23. Februar 1917 veröffentlichten Bekanntmachung zu der am
Montag, den 26. März 1917, vormittags 11 Uhr,
im Bankgebäude der Bank für Handel und Industrie, hierselbst, Schinkelplatz 1/2, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:
1) Vorlegung der Bilanz, des Gewinn- und Verlust-Kontos und des Geschäftsberichts pro 1916.
2) Bericht der Revisoren.
3) Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Konto, Verwendung des Reingewinns und Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
4) Wahlen zum Aufsichtsrat.

Stimmberechtigt sind die Inhaber der Aktien Littera A und B.
Die Hinterlegung der Aktien hat bis zum 21. März cr. zu erfolgen.
Berlin, den 9. Februar 1917.
Berliner Hypothekenbank Aktiengesellschaft.
Budde. Schulzenberg. 981

Trotz Warenknappheit
sind meine Läger in
Teppichen, Möbelstoffen,
Gardinen, Läuferstoffen,
Tisch- und Diwandecken etc.
noch reich sortiert!!
Viele dieser Artikel zu alten Preisen!!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.
Mein allbekanntes Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich lautender Firma.

Last-Kraftwagen
2—4 Tonnen Tragkraft, zu kaufen gesucht. Angebote mit Einzelheiten und Preis an
Ad. König,
Charlottenburg 4, Pestalozzistr. [...]

Vaterländischer Abend Berliner Jungmannen.

Der Ausschuß zur Förderung der militärischen Jugendvorbereitung veranstaltet am Donnerstag, 1. März, im großen Saale der Philharmonie den IV. vaterländischen Abend. Außer Gesangsvorträgen des Berliner Lehrergesangvereins spielt die Kapelle des IV. Garderegiments zu Fuß und der Universitätsprofessor Hoetzsch spricht über das Thema: „Der Entscheidungskampf".

Türkischer Unterricht für Heeresangehörige.

Am Montag, 5. März, wird im Seminar für Orientalische Sprachen ein neuer, unentgeltlicher Lehrgang zur Einführung in die türkische Sprache für Heeresangehörige eröffnet. Der Unterricht findet werktäglich in der Zeit von 6—7 Uhr abends statt und dauert 10—12 Wochen. Wer teilzunehmen wünscht, wird ersucht, sich persönlich unter Vorlage eines hierfür von seiner Dienststelle ausgefertigten Erlaubnisscheines in der Geschäftsstelle des Seminars, Dorotheenstr. 7, zu melden.

Vorträge.

Am Sonntag, 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, spricht im Verein junger Kaufleute von Berlin, Beuthstr. 20, Schriftsteller Rolf Sommer über „Fliegerhauptmann Oswald Boelcke, ein deutsches Heldenleben". — Ueber „Deutschlands Finanzkraft" spricht am 16. März, abends 8 Uhr, im Lehrervereinshause der stellvertretende Leiter des Nachrichtenbureaus der Reichsbank Dr. Diemer.

Untersagung des Handels mit Heiz- und Leuchtstoffen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915, hat der Polizeipräsident von Berlin dem Kohlenhändler Adolf Werner und dessen Ehefrau Blanka Werner zu Berlin-Schöneberg, Vorbergstr. 14, den Handel mit Heiz- und Leuchtstoffen wegen Unzuverlässigkeit inbezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Sonstige Mitteilungen.

Versuche mit Pflanzenfütterung.

Um unsere Futtermittel zu vermehren, wurden vielfach Pflanzenteile verwendet, die früher noch niemals als Viehfutter gebraucht worden waren. Daher ist es begreiflich, daß über die Vor- und Nachteile neuer Verfahren noch mancherlei Unkenntnis besteht. Auch Krokus- und Tulpenzwiebeln werden, wie die „Chemiker-Zeitung" ausführt, seit kurzem zum Zweck der Verfütterung an Haustiere benutzt. In Beantwortung zahlreicher Fragen, ob diese Zwiebeln unbedenklich zur Fütterung verwendet werden können, setzt nunmehr das genannte Organ die Ergebnisse einer genauen Untersuchung in dieser Beziehung auseinander. Vorausgeschickt wird, daß der Bezug der Zwiebeln sich um so mehr lohnt, als sie einen hohen Kohlehydratgehalt haben und die Preise niedrig sind. Doch ist ein allgemein gültiges Urteil schwer zu fällen, da beim Krokus die Zusammensetzung der Knollenbestandteile vermutlich ebenso verschieden ist, wie die Blütenfarben. Darum wurden als Stichproben verschiedene der angebotenen Zwiebeln chemisch und biologisch untersucht. Dies führte zur Feststellung, daß die untersuchten Zwiebeln ausnahmslos Saponin oder ein Saponingemisch enthalten. Darum ist bei der Verfütterung der Krokuszwiebeln große Vorsicht nötig, und man tut am besten, damit genau so zu verfahren, wie mit den Alpenveilchenknollen. Schweine, die nicht mehr ganz jung sind, können damit gefüttert werden, indem man zuerst geringe Mengen nimmt, dieselben allmählich steigert, bis schließlich auch regelrecht mit den Zwiebeln gemästet werden kann. Für Ferkel jedoch sind die Zwiebeln giftig. Dies stimmt auch mit einem Bericht der Reichsversuchsstation überein, nach dem die Krokuszwiebeln sich für die Fütterung von Schweinen und auch von Milchkühen — bei den letzteren zermahlen und mit Futterrüben gemischt — eignen. Die Verabreichung der Zwiebeln an Jungvieh sollte aber auf jeden Fall unterbleiben. Auch bei den Tulpenzwiebeln handelt es sich um zahlreiche Abarten. Untersuchungen durch Abkochen, Filtrieren und Verwendung des Mikroskops ergaben, daß in den Zwiebeln der Tulpen ziemlich große Mengen eines für Menschen und auch für Hunde giftigen Alkaloids enthalten sind. Auch bei Mäusen erwies sich dieses Alkaloid bei Einspritzungen als giftig, und auch die mit solchen Zwiebeln gefütterten Mäuse gehen zugrunde. Die holländische Reichsversuchsstation erklärt aber, daß in Holland die Tulpenzwiebeln in gut verkleinertem Zustande sogar roh an das Vieh verfüttert werden. Bei Milchkühen soll hierdurch sogar der Milchertrag gesteigert werden. Auf Grund dieser Erklärung hält die „Chemiker-Zeitung" es für angebracht, auch in Deutschland Fütterungsversuche vorzunehmen. Es wird dabei geraten, zuerst nur die gutverkleinerten Zwiebeln in gekochtem Zustand zu verabreichen und vor der Fütterung das Aufgußwasser zu beseitigen. Wenn die Tiere daraufhin völlig gesund bleiben, kann man auch das Kochwasser auf die Zwiebeln belassen und es schließlich auch mit ungekochten Zwiebeln der Tulpen versuchen, da das Tulipin auf Pflanzenfresser nicht so zu wirken scheint wie bewiesenermaßen auf Hunde und Mäuse.

Deutsches Reich.

* Nach einer im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung sind von den 31 Landesversicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Sonderanstalten bis einschließlich 31. Dezember 1916 2 579 519 Invalidenten, 363 497 Krankenrenten, 647 847 Altersrenten, 46 684 Witwen- und Witwerrenten, 2422 Witwenkrankenrenten, 290 787 Waisenrenten (Rente an Waisenstamm), 130 Zusatzrenten bewilligt worden. Davon sind in dem letzten Kalendervierteljahre 26 477 Invalidenrenten, 25 663 Krankenrenten, 43 554 Altersrenten, 3083 Witwen- und Witwerrenten, 242 Witwenkrankenrenten, 26 400 Waisenrenten, 19 Zusatzrenten festgesetzt worden. Infolge Todes oder aus anderen Gründen sind bereits 1 548 559 Invalidenrenten, 198 639 Krankenrenten, 481 431 Altersrenten, 4849 Witwen- und Witwerrenten, 806 Witwenkrankenrenten, 17 710 Waisenrenten, 35 Zusatzrenten weggefallen, sodaß am 1. Januar 1917 noch 1 030 960 Invalidenrenten, 64 858 Krankenrenten, 166 416 Altersrenten, 41 835 Witwen- und Witwerrenten, 1616 Witwenkrankenrenten, 273 077 Waisenrenten, 95 Zusatzrenten liefen. Danach hat sich im letzten Vierteljahr der Bestand an Invalidenrenten um 206, an Krankenrenten um 7833, an Altersrenten um 39 697, an Witwen- und Waisenrenten um 2506, an Witwenkrankenrenten um 139, an Waisenrenten um 24 379, an Zusatzrenten um 15 erhöht. — Bis einschließlich 31. Dezember 1916 ist Witwengeld in 94 197 Fällen (davon entfallen 8765 auf das letzte Vierteljahr) und Waisenaussteuer in 5152 Fällen (davon entfallen 679 auf das letzte Vierteljahr) bewilligt worden.

Parlamentarisches.

Reichstag.

* Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik beriet heute die Frage der Geschlechtskrankheiten. Dabei erklärte Ministerialdirektor von Jonquières, in Vorbereitung seien drei Gesetzentwürfe, die den in dem Ausschuß geäußerten Wünschen im wesentlichen Rechnung trügen. Fraglich sei allerdings, ob die Entwürfe noch in dieser Session vom Reichstage erledigt werden könnten, jedenfalls sollten aber die Vorbereitungen möglichst beschleunigt werden. Die Entwürfe beträfen u. a. Maßnahmen, gegen Mittel zur Verhütung der Empfängnis und die Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten. Im Hinblick auf das zu erwartende Eingehen dieser Gesetzentwürfe beschloß der Ausschuß, die Beratungen einstweilen zu vertagen. W. T. B.

Abgeordnetenhaus.

* Der zur Mitwirkung an der Ausführung des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes berufene Fünfzehnerausschuß des Reichstags beriet gestern abend in Anwesenheit von Vertretern des Kriegsamts und des Reichsamts des Innern die Versicherungsordnung für die Hilfsdienstpflichtigen in zweiter Lesung. Wie aus der ersten Lesung bekannt, ist die Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird, nötig geworden, um auch den zur Arbeit herangeholten Personen die Wohltaten der Sozialversicherung zu sichern. Jede Entschädigung, die im Vaterländischen Hilfsdienst gewährt wird, ist als Entgelt im Sinne der R.-V.-O. anzusehen, somit ist die Versicherungspflicht begründet. Die Verordnung wurde angenommen.

Eine Petition, die Kriegswochenhilfe auf die Hilfsdienstpflichtigen und diesen gleichgestellten Mittelstandskreise auszudehnen, wurde auf Zentrumsantrag dem Reichskanzler zur Erwägung hinübergegeben.

Auf die Anfrage eines sozialdemokratischen Abgeordneten betr. Beschäftigung bezw. Unterstützung von Arbeitern in bestimmten Betrieben Mühlhausens gab Generalleutnant Groener eine entgegenkommende Erklärung ab.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde über die Betriebsregelung in der Textilindustrie vertraulich verhandelt. Die hierfür aufgestellten Grundsätze fanden Annahme. Redner des Zentrums und der Nationalliberalen traten für möglichste Berücksichtigung auch der Klein- und Mittelbetriebe ein, worauf ein Vertreter des Kriegsamts darlegte, daß es nicht immer möglich, ebensowenig könne jeder Betriebsinhaber bei Kriegsmaßnahmen gehört werden, da oft viele Tausende in Betracht kämen. Das Kriegsamt handle im Benehmen mit den Vorständen der Berufsorganisationen und vielen einzelnen Vertrauenspersonen. Wenn in einer Industrie usw. Maßnahmen nötig erschienen, würden deren Vertreter rechtzeitig benachrichtigt, ebenso die Arbeiterorganisationen.

Ein Antrag der Konservativen auf Bereitstellung von für den Militärdienst freien oder unbrauchbaren Militärpferden für die Landwirtschaft fand durch Zusage des Chefs des Kriegsamts seine Erledigung.

Nächste Sitzung Dienstag, den 27. Februar.

* Der zur Beratung der Ernährungsfragen eingesetzte besondere Ausschuß des Reichstags trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr zu beraten.

Präsident von Batocki verwies auf die Notwendigkeit, den Plan so rechtzeitig festzustellen, daß alle Beteiligten sich danach einrichten könnten. Die Grundsätze des Planes sollten spätestens bis 15. März veröffentlicht werden. Ueber den Plan selbst könne er sich vorerst nur unverbindlich äußern, da zuvor die Bundesregierungen, der Bundesrat und der große Ernährungsbeirat sich damit zu befassen hätten, und das werde Ende nächster Woche geschehen. Der Präsident äußerte sich sodann über die Bestandsaufnahme und die vorhandenen Vorräte, die knapp seien und vorsichtig bewirtschaftet werden müßten. Die Bestandsaufnahme bedürfe einer sorgfältigen Nachprüfung, zumal noch nie so viel ungedroschenes Getreide dabei festgestellt worden sei, wie diesmal. Auch die Kartoffelaufnahme habe kein vollständig richtiges Bild ergeben, da wegen des ungemein starken Frostes die Mieten nicht geöffnet werden könnten. Die vorzugsweise Zuwendung von Aufträgen an die östlichen Mühlen habe sich infolge der Transportschwierigkeiten nicht als gut erwiesen. Die Mühlenpolitik werde also eine Aenderung erfahren müssen. Die Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Er hoffe, daß alle Beteiligten dafür volles Verständnis haben und die Rationierung willig hinnehmen würden. Der Verfütterung von Brotgetreide müsse durch verschiedene Mittel entgegengetreten werden. In den meisten Bezirken geschehe auch in diesem Punkte das mögliche. Die Ablieferungsstellen auf dem platten Lande würden immer mehr und systematisch ausgebaut. Von der Reichsstelle in Berlin aus könne nicht alles gemacht werden, es müßten die Landesstellen tatkräftig mitwirken. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten, das durch die öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zuzuführen sei. Der Anbau von Frühkartoffeln, insbesondere im Rheinland und Westfalen, solle nachdrücklichst gefördert werden und die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln ab 1. Juli erfolgen.

Redner besprach sodann die Vorschläge der 12 Hochschullehrer auf eine andere Preisfestsetzung für Brotgetreide sowie für Vieh und Fleisch. Er begrüße diese Vorschläge, deren Objektivität sich schon aus den Angriffen ergebe, denen sie von rechts und links ausgesetzt gewesen seien. Er müsse erklären, daß eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise unannehmbar sei. Eine Preiserhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Der bayerische Ernährungsbeirat habe bereits im Juli vorigen Jahres dahinzielende Vorschläge gemacht, die jetzt den Kern des neuen Planes bildeten. Das Reich werde infolge des großen Fleischbedarfes des Heeres bei der Preisherabsetzung mehrere Hundertmillionen einsparen, die nach den Vorschlägen der Verbrauchervertreter verwendet werden sollten, um eine Preissteigerung der Lebenshaltung der Minderbemittelten hintanzuhalten. Schließlich wäre auch möglich, trotz Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten; dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich noch dazu äußern. Die vom Reichstagsausschuß geforderte Untersuchung der Spannung von Vieh- und Fleischpreisen sei im Gange. Es gebe Fleischer, die nur 50 Pfund wöchentlich absetzten und einen Zuschlag für ihre Lebenshaltung erhöben. Ob hier eine Zusammenlegung angebracht sei, werde zu erwägen sein. Aehnlich lägen die Verhältnisse im Gemüsehandel, sodaß einzelne Gemeinden z. B. auf Kohlrüben bis zu 500 % Preiszuschlag auf Kosten der Verbraucher bewilligt hätten. Hier müsse eingegriffen werden, und es sei verwunderlich, daß über derartige Vorkommnisse in der Oeffentlichkeit wenig oder gar nicht gesprochen werde, obwohl sie bei der Preisbildung keine geringe Rolle spielten. Die Bewirtschaftung der Gerste solle anders erfolgen, als bisher. Gerste werde in der Hauptsache zur Brotbereitung verwendet, sie werde deshalb der Futtermittelstelle entzogen und der Reichsgetreidestelle überwiesen. Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reiche und für das ganze Jahr auf 5 *M* den Zentner festzusetzen; dabei solle unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 *M* zu gehen. Vom Standpunkt der Verbraucher sei das Wichtigste die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Die Zuweisung eines Mindestmaßes habe die Bevölkerung mit wahrem Heldenmut ertragen, und dafür gebühre ihr die höchste Anerkennung. Ausreichende Versorgung in Getreide und Kartoffeln müsse für alle, in Milch mindestens für Kinder und Kranke ermöglicht werden. Eine Erhöhung der Fleischration könne jedoch nicht mehr, wie früher in Aussicht gestellt, zugesagt werden. Eine Hauptsache sei Erhaltung der Milchkühe und Förderung der Milch- und Buttererzeugung.

An diese Ausführungen knüpfte sich eine Geschäftsordnungserörterung.

Ein sozialdemokratischer Redner schlug vor, die Beratungen nach folgenden Gesichtspunkten vorzunehmen: 1) Bedarfsdeckung, 2) Organisation, 3) Preisbildung. Demgegenüber befürworteten Redner der verschiedenen Fraktionen, den neuen Wirtschaftsplan als die dringlichere Frage vorweg zu behandeln, dann die übrigen Fragen an der Hand der noch erscheinenden Denkschrift über die Lebensmittelversorgung zu besprechen. Dem letzteren Vorschlag wurde zugestimmt.

Vor Eintritt in diese Verhandlungen gab der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich einen Ueberblick über die Lage auf dem Weltmarkt und betonte, wir hätten selbst bei einem baldigen Friedensschluß ins Gewicht fallende Zufuhren aus anderen Ländern an Lebensmitteln kaum zu erwarten. Dieser Umstand müsse bei der Erörterung und den Beschlüssen über den neuen Wirtschaftsplan beachtet werden.

Ein Redner der Nationalliberalen erklärte, sich früher gewissen Preiserhöhungen widersetzt zu haben, aber diesen Standpunkt nicht beibehalten zu können im Hinblick auf die wachsenden Schwierigkeiten der Landwirtschaft infolge Mangels an künstlichem Dünger und höheren Erzeugungskosten. Der Auffassung, als ob diejenigen Landwirte, die sich mit der Viehzucht beschäftigten, besonders günstig gestellt seien, müsse entgegengetreten werden; hier seien die hohen Futtermittelkosten in Betracht zu ziehen. Die Getreidebauern hätten für ihre Erzeugnisse, insbesondere für Hafer, vielfach bessere Preise bezogen. Einer Herabsetzung der Schweinepreise in der geplanten Weise könne er nicht beipflichten, da er dies für bedenklich halte. Die Rindviehpreise hätten allerdings eine im Hinblick auf bestimmte Gegenden des Reiches unangebrachte Höhe erreicht. Jetzt überall die Preise so weit herunterzusetzen, könne jedenfalls mit der guten Lage der Viehzüchter nicht begründet werden. Eine Steigerung des Weizenpreises auf 29 *M* sei nicht zu empfehlen, wohl aber die Erhöhung des Roggenpreises auf 27 *M* per Doppelzentner. Eine anders geartete Bewirtschaftung der Gerste sei zu begrüßen, da die Gerstenbauern bis jetzt in einer besonders günstigen Lage gewesen seien und 40 % ihrer Erzeugung für sich hätten verwenden können.

Ein Redner der Fortschrittspartei legte den Nachdruck darauf, die Erzeugung der Landwirtschaft voll aufrecht zu erhalten, auch die Vieherzeugung, diese nach Maßgabe der vorhandenen Futtermittel. Der Ausgleich der Preise zwischen tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln, wie ihn der neue Wirtschaftsplan vorsehe, sei zu begrüßen; deswegen würden seine Freunde den Vorschlägen im allgemeinen folgen. Wenn alle im Lande erzeugten Nahrungsmittel richtige Verwendung fänden, würden wir durchkommen. Jetzt sei infolge der maßlos hohen Viehpreise viel Brotgetreide in die Mägen der Tiere gewandert. Das müsse vermieden und der Viehstand vermindert werden, um so die Brotversorgung sicherzustellen. Ein Fehler sei es gewesen, daß angesichts der verringerten Kartoffelernte noch etwa 5 Millionen Tonnen Kartoffeln verfüttert worden seien. Die Senkung der Viehpreise würde die Landwirte veranlassen, nicht mehr Vieh als nötig zu halten. Er verschließe sich nicht der Auffassung, daß nach Lage der Verhältnisse eine Erhöhung des Brotgetreidepreises angezeigt erscheine und halte einen Preis von 260 *M* für Roggen, Gerste und Hafer, von 280 *M* für Weizen per Tonne für richtig. Er hege die stark begründete Vermutung, daß aus den Beständen der nicht beschlagnahmten 40 % Gerste zu Unrecht norddeutsche Brenner zu hohen Preisen aus Süddeutschland bezögen. Dem müsse energisch entgegengetreten werden. Den in der Schweinepreisskala liegenden Anreiz zur Aufzucht recht fetter Schweine halte er für unrichtig. Ziel der Ernährungspolitik müsse sein, die steigende Menge an Getreide und Kartoffeln in erster Linie der menschlichen Ernährung zuzuführen.

Präsident von Batocki wies einige Ausführungen des Vorredners als übertrieben zurück. Die deutsche Landwirtschaft und deren Leistungen dürften nicht mit der russischen verglichen werden. Eine starke Zurückdrängung des Tabakbaues sei nicht zu empfehlen. Nichts beeinträchtige so sehr die Stimmung der Bevölkerung, wie die Beschneidung des Tabakgenusses. Zu niedrige Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse brächten den Verbrauchern keinen Nutzen, das sei wiederholt dargetan worden.

Ein Zentrumsabgeordneter wandte sich gegen die Ausschaltung der Kleinbetriebe und besprach das Verhältnis vom Getreide- zum Brotpreis.

Ein Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft glaubte nicht, daß durch die von den Professoren vorgeschlagene Preisbildung eine Besserung oder gar eine Verbilligung für die Verbraucher eintrete. Die Vorschläge enthielten keinen neuen Gedanken. Redner erörterte sodann die Erzeugungsmöglichkeiten und ihre Verbesserung durch den Erzeugungszwang. Wenn unabhängige Beamte des Kriegsernährungsamts die Erzeugung kontrollierten, so wäre die Inaussichtnahme eines so hohen Uebergewinnes zur Sicherung der Lebensmittelversorgung nicht notwendig.

Ministerialdirektor von Braun wandte sich gegen den Vorschlag auf Anordnung des Erzeugungszwangs, da es nicht möglich sei, jedem Landwirte seine Arbeit vorzuschreiben und sie zu beaufsichtigen. Die landwirtschaftliche Erzeugung hänge von den individuellen Entschließungen des Landwirtes ab, die je nach der Witterung, oft plötzlich geändert werden müßten. Ohne eigenes Interesse würde die Erzeugung leiden. Die Vorschläge der Professoren seien vom preußischen Landwirtschaftsministerium nicht in allen Dingen als richtig anerkannt worden.

Ein nationalliberaler Abgeordneter betonte, bei der landwirtschaftlichen Erzeugung komme es hauptsächlich auf den guten Willen des Landwirtes an; Erzeugungszwang würde nur schädlich wirken. Für die Schweinezucht müßten die notwendigen Futtermittel aus der nun ganz zu erfassenden Gerste bereitgestellt werden. Die Preisherabsetzung sei sehr bedenklich, da sie die Schweineaufzucht unterbinde und, wie die Herabsetzung der Rinderpreise, die Fleischerzeugung schädige.

Ein Mitglied der Konservativen vertrat die Ansicht, daß über die Preisbildung eigentlich nicht geredet werden könne, da lediglich private Vorschläge von Professoren vorlägen, eine amtliche Vorlage aber fehle. Wünschenswert wäre es, zu erfahren, wie das Kriegsernährungsamt über die Preisbildung im einzelnen denke.

Präsident von Batocki erwiderte, es handle sich um eine Verordnung des Bundesrats, über die zurzeit Verhandlungen schwebten und daher Mitteilungen nicht gemacht werden könnten.

Der konservative Redner wandte sich sodann gegen die Ausführungen der sozialdemokratischen Abgeordneten und die von dieser Seite aufgemachte Rechnung, die insofern falsch sei, als gefragt werden müsse, was mit der Preiserhöhung erreicht werde. Den Ausgleich der Getreidepreise habe er schon früher vorgeschlagen. Wenn die Gerste so behandelt werde, wie der Hafer, so sei dem nicht beizustimmen. Ebenso sei es schädlich, dem Bauer die ganze Erzeugung zu nehmen, vielmehr sollte ein Teil der geernteten Frucht dem gut wirtschaftenden Landwirt belassen werden. Die Herabsetzung der Viehpreise entspreche nicht seinen Wünschen. Mit dem Vieh sei nicht umzuspringen wie mit einer Maschine. Werde z. B. die Leistungsfähigkeit einer Kuh in der Milcherzeugung herabgesetzt, so könne sie nicht ohne weiteres wieder heraufgesetzt werden. Die Quelle einer starken Vieherzeugung, ein dem gesunkenen Geldwert entsprechender Preis, dürfte nicht zerstört werden. Wenn es möglich sei, die aus den herabgesetzten Viehpreisen für das Reich anfallenden Einsparungen zur Besserung der Lage der Minderbemittelten zu verwerten, so solle man das tun. Die Anlieferung der Getreidevorräte, zum Teil in noch feuchtem Zustande, auf große Lager sei ein Fehler und unrentabel. Der Landwirt sei der beste Verwahrer seiner Erzeugnisse. Relativ und teilweise auch absolut seien die Preise unserer Nahrungsmittel niedriger als die in anderen Ländern.

Den geäußerten Wünschen entsprechend erklärte Präsident von Batocki noch für die nächste Sitzung am kommenden Montag eine Zusammenstellung der Getreidepreise im Ausland, sowie eine Vorlage über die vom Kriegsernährungsamt beabsichtigte Preisordnung für Getreide und Vieh vorlegen zu wollen.

* Die gestrige Sitzung des Fideikommißausschusses des Abgeordnetenhauses war gegen den Wunsch eines großen Teiles der Mitglieder vom Vorsitzenden anberaumt worden. Wie schon am Donnerstag angekündigt, erschien ein Teil der Mitglieder nicht zu der Sitzung. Es wurde daher aus der Kommission heraus der Antrag gestellt, die Sitzung auszusetzen, weil die meisten der regelmäßigen Mitglieder am Erscheinen verhindert seien. In der Abstimmung wurde dieser Antrag angenommen und die nächste Sitzung auf Dienstag angesetzt.

Aus Berlin.

Sonnabend, 24. Februar.

* **Vermächtnis.** Die Lehrerin Klara Bergfeldt-Berlin hat der Stadt Berlin 60 000 *M* hinterlassen mit der Auflage, diesen Nachlaß für Arbeiter zu verwenden, die in Berlin einen gefährlichen Beruf, sei es als Feuerwehrmann, Dachdecker, Schornsteinfeger, Bergarbeiter ꝛc. ausüben und durch ihren Beruf in Not oder Krankheit geraten. Luftschiffer sollen ausgenommen sein, Telephonarbeiter aber nicht.

* **Deutsche Dichterabende** veranstaltet die Vereinigung für vaterländische Vorträge am 3. und 16. März im Saale des Anwalthauses, Schöneberger Ufer 40. Am 3. März lesen G. P. S. Cabanis und Marie Diers aus eigenen Werken, am 16. März Eberhard König und Reinhold Braun, Ludwig Heß wird Braunsche Lieder in eigener Vertonung singen. Karten für jeden Abend einzeln zu 1 *M* bei Wertheim und Bote u. Bock und bei der Geschäftsstelle der Vereinigung der Deutschen Kanzlei, Steglitz, Fernsprecher 3675.

* Die **Gesellschaft für Volksbildung** veranstaltet morgen abend 7 Uhr im Theatersaal, Invalidenstraße 57—62, einen Vortragsabend unter dem Titel: „Ein gemütlicher Abend aus Großmutters Tagen" (Biedermeier) mit Märchen, Max und Moritz und Liedern zur Laute. Vortragende: Dr. Joh. Klaudius und Clara Brat. Eintritt 30 ₰.

* Seit einigen Wochen sind in verschiedenen Teilen Deutschlands Fälle von **Pocken** aufgetreten, hauptsächlich unter Wanderarbeitern und in Herbergen. Solche Fälle sind in der letzten Woche auch in Berlin vorgekommen, im ganzen jedoch nur 45, von denen 36 im Obdach. Es liegt daher keinerlei Veranlassung zu irgendwelcher Beunruhigung, daß eine Pockenepidemie entstehen könnte, vor. Die Erkrankungen betreffen hauptsächlich Personen über 60 Jahre, bei denen die Impfung sehr weit zurückliegt. Für solche Personen, die sich durch eine erneute Schutzpockenimpfung vor einer Erkrankung sichern wollen, sind in den öffentlichen städtischen Krankenhäusern Impftermine eingerichtet worden. Eine Notwendigkeit, sich impfen zu lassen, liegt nicht vor; doch kann denjenigen, die zur größeren Sicherheit sich impfen lassen wollen, das wohl empfohlen werden. Lymphe ist in Apotheken sowie in der Königlichen Impfanstalt zu erhalten.

* **Unterhaltungen.** Im Palasttheater am Zoo ist morgen der letzte Sonntag des erfolgreichen Februarprogramms. Der Telephonscherz: „Hallo, wer dort?" wird nur noch bis Ende Februar gegeben, ebenso die „Berliner Typen" von Robert Steidl und Anna Müller-Lincke und alle anderen Nummern des Programms. Morgen sind wieder zwei Vorstellungen; nachmittags 3½ Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind frei.

* Ueber eine **zweifelhafte ausländische Firma** in Amsterdam (Galanterie- und Luxuswaren) sind den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin von zuverlässiger Seite Mitteilungen zugegangen. Vertrauenswürdigen Interessenten wird im Zentralbureau der Korporation, Neue Friedrichstr. 51 I, an den Werktagen zwischen 9 und 3 Uhr mündlich oder schriftlich nähere Auskunft gegeben.

* Der Schutzmann Czodrowski vom 73. Polizeirevier geriet gestern vormittag auf der Kreuzung der Manstein-, Göben- und Bülowstraße **zwischen zwei Elektrische**, die aus entgegengesetzter Richtung aneinander vorbeifuhren. Da er gerade an einer Gleisbiegung stand, wurde er dermaßen eingeklemmt, daß er Rücken- und Brustquetschungen davontrug. Er vermochte noch, seine Revierwache aufzusuchen, mußte dann aber nach dem Elisabethkrankenhause geschafft werden.

* Der Spielplan des **Königlichen Schauspiels** für die kommende Woche ist wie folgt definitiv festgelegt: Sonntag, den 25. Februar, „Die Märchentante", Montag, den 26. Februar, „Könige", Dienstag, den 27. Februar, Ludwig Thomaabend, Mittwoch, den 28. Februar, „Wallensteins Tod", Donnerstag, den 1. März, „Könige", Freitag, den 2. März, „Peer Gynt", Sonnabend, den 3. März, „Die Märchentante", Sonntag, den 4. März, „Könige", Montag, den 5. März, „Frau Inger auf Oestrot".

* **Das Königliche Schauspielhaus** bereitet zurzeit einen Zyklus vaterländischer Dramen von Ernst von Wildenbruch vor. Zur Aufführung werden gelangen: „Die Karolinger", „Der deutsche König", „Die Quitzows", „Die Tochter des Erasmus", „Die Rabensteinerin" und „Der neue Herr".

* Ein Richard und Johann Straußabend, veranstaltet von der **Berliner Hilfsvereinigung für die aus Belgien vertriebenen Deutschen**, wird unter Leitung des Generalmusikdirektors Dr. Richard Strauß mit dem verstärkten Philharmonischen Orchester am 13. März in der Philharmonie stattfinden. Hierbei wird Liesel von Schuch von der Dresdener Hofoper die Zerbinetta-Arie aus „Ariadne auf Naxos" sowie den Frühlingsstimmenwalzer von Johann Strauß zum Vortrag bringen und Grete Wiesenthal aus Wien den Walzer „An der schönen blauen Donau", ferner die Walzerfolgen des dritten Akts aus dem „Rosenkavalier" tanzen, die bei dieser Gelegenheit, von Richard Strauß für großes Orchester zusammengestellt, erstmalig zur Aufführung gelangen. Karten bei Bote u. Bock und Wertheim.

* **Musikalisches.** Das Programm für das am Sonntag stattfindende Konzert des Philharmonischen Orchesters (Dirigent Camillo Hildebrand) lautet u. a.: Ouvertüre zu „Rosamunde" von Schubert, Fantasie aus „Aida" von Verdi, „Akademische Festouvertüre" von Brahms, „Träume" von Wagner. Solist: Herr Konzertmeister J. Thornberg. — Am 9. März, abends 8 Uhr, findet im Dom ein Konzert des Domchors unter Mitwirkung hervorragender Solisten statt. Wir verweisen auf die Ankündigung im heutigen Anzeigenteil.

Bücher- und Zeitschriftenschau.

* Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika ist die neueste Nummer 3842 (Kriegsnummer 133) der „Leipziger Illustrierten Zeitung" (Verlag J. J. Weber) gewidmet. Die Nummer eröffnet ein Porträt des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff. In dem Leitartikel „Der neue Abschnitt des Weltkrieges" beleuchtet der Parlamentarier Graf Westarp die Lage. Den deutschen Einfluß in Amerika und die kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten behandelt Louis Viereck in dem Artikel „Deutschland und Amerika", dessen Ausführungen durch trefflich gewählte Illustrationen eine wertvolle Stütze erhalten. Ueber die Zusammensetzung der „Nationalitäten und Rassen in den Vereinigten Staaten" plaudert O. Speiber. Das deutsche Element in den Vereinigten Staaten und seine berufliche Gliederung veranschaulicht eine charakteristische Karte. Einer der besten Kenner des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten", C. A. Bratter, bringt uns in seinem Artikel über „Die amerikanische Seele" der Erkenntnis der Wesenszüge Uncle Sams wesentlich näher. Die „Wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten" schildert die sachkundige Feder E. Fitgers-Bremen. Eine Reihe statistischer Zeichnungen führt die Zusammensetzung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, den Verdienst der amerikanischen Kriegslieferanten, die Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland im Jahre 1913, den Wert der in den amerikanischen Häfen stilliegenden 63 deutschen Handelsdampfer im Verhältnis zu den deutschen Kriegskosten u. a. m. vor Augen. Ueber den verschärften U-Bootkrieg und den Minenkrieg belehren Zeichnungen von Willy Stöwer, Schmidt-Hamburg, Kurt Hassenkamp, eine Karte der Sperrgebiete, ein Durchschnitt durch einen deutschen Tauchbootminenleger und ein Artikel über den „Minenkrieg". Der Krieg ist noch durch mehrere Zeichnungen und Aufnahmen berücksichtigt. Zum 60. Geburtstag Max Klingers bringt die Nummer einen reich illustrierten Beitrag über die neueste Schöpfung des Meisters, die Radierungenfolge „Das Zelt". Die feine Kunst des verstorbenen Landschaftsmalers Gustav Schönleber zeigt die Wiedergabe seines Gemäldes „Brügge". Eine reichhaltige Bücherschau beschließt das inhaltsreiche Heft.

Folgende Bücher sind bei der Redaktion unseres Blattes eingegangen (ausführliche Besprechungen einzelner Werke bleiben vorbehalten; Zurücksendung von Büchern findet nicht statt. Wo die Angabe des Preises fehlt, ist er vom Verleger nicht mitgeteilt worden):

Verlag Joh. M. Meulenhoff, Leipzig: Ernst Krauß, Schatten und Licht. Gedichte. 1 *M*. — Ernst Krauß, Holland. Gedichte. 1,25 *M*.

Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart: Prof. Dr. Grosse, Kartenlesen. Praktische Einführung mit Abbildungen. — Grosse, Geländekunde. (Stuttgarter Bilderbogen. Nr. 12, 13. Preis je 25 ₰.)

Dr. Koppe und Dr. Varnhagen, Kriegssteuergesetz nebst Besitzsteuergesetz. 4. Aufl. 5,50 *M*. Berlin, Industrieverlag Spaeth u. Linde. — Dr. A. Romen, Vereins- und Versammlungsrecht der Gewerkschaften und Gewerkvereine. Mit Anhang: Das gewerbliche Koalitionsrecht. 2 *M*. Berlin, J. Guttentag. — Katharina Zitelmann, Ein Adoptivkind. Die Geschichte eines Japaners. 75 ₰. (Engelhorns Romanbibliothek. 32. Jahrg. 20. Bd.) Stuttgart, J. Engelhorn. — Was Luther seinen lieben Deutschen in dieser schweren Zeit zu sagen hat. 10 ₰. (Volksschriften zum großen Krieg. Nr. 103.) Berlin, Verlag des Evangel. Bundes. — Anna Schieber, Gesammelte Immergrün-Geschichten. 3,50 *M*. Stuttgart, Verlag der Evangel. Gesellschaft. — Heinr. Cunow, Otto Hue u. Max Schippel, Monopolfrage und Arbeiterklasse. 5 *M*. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. — Paul Rohrbach, Woher kam der Krieg? Wohin führt er? 1,50 *M*. Weimar, Gust. Kiepenheuer. — Dr. Rich. Feller, Polen und die Schweiz. Ein geschichtlicher Rückblick. Bern (Schweiz), Verlag A. Francke. — E. L. Kasprowicz, Wahrheit über Polen. 80 ₰. Leipzig, Oswald Mutze. — Leon Hardt, Die Schuld der Entente im Lichte ihrer eigenen Bekenntnisse. 50 ₰. Chemnitz, Verlag Geyer, Hilscher u. Co. — Labor u. Löwe, Wirtschaftliche Demobilisation. 2 *M*. Berlin, Verlag der Kriegswirtschaftl. Vereinigung (Behrenstr. 49). — Prof. Dr. Ernst Gaupp, Duvals Grundriß der Anatomie für Künstler. 8 *M*. Stuttgart, Ferd. Enke.

Letzte Meldungen.

München, 24. Februar. Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Graf **Czernin**, ist heute vormittag 9 Uhr 40 Min. nach Wien abgereist. Zur Verabschiedung hatten sich die Herren der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft und Legationsrat Freiherr von Stengel als Vertreter des Ministerpräsidenten Grafen Hertling eingefunden.

Konstantinopel, 24. Februar. **Erzherzog Max** ist gestern abend nach Sofia abgereist. Im Bahnhofe hatten sich zur Verabschiedung eingefunden: Außer den österreichisch-ungarischen Beamten ein Sohn des Sultans, der erste Adjutant des Sultans, Salih Pascha, der Minister des Aeußern, der Kriegsminister, der deutsche Botschafter, der bulgarische Gesandte, österreichisch-ungarische, deutsche und türkische Offiziere.

Wien, 24. Februar. Der Gemeinderat hat den Antrag, betreffend die Aufnahme einer **Anleihe** von 250 Millionen Kronen für verschiedene Zwecke, die von einem Bankenkonsortium zum Kurse von 90 übernommen wird, angenommen. Die Obligationen werden zu 4½ % verzinst. Die Anleihe ist innerhalb 60 Jahren durch jährliche Auslosung zu pari zu tilgen.

Diese Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Bekanntmachungen des Königl. Polizei-Präsidiums.

Bekanntmachung.

Unter Abänderung meiner Verfügungen vom 13. November 1914 — Gen. Ap. 124. I. 12. 14 — vom 9. 11. 15 — E. 11. II. M. 5. 15 — und vom 8. Juni 1916 — S. 46 II. M. 5. 16 — genehmige ich vorbehaltlich des jederzeitigen Widerrufs, daß
die Strauß-Apotheke, Stralauerstr. 47,
die Simons-Apotheke, Spandauerstr. 17,
und die Apotheke zum weißen Schwan, Spandauerstr. 40, einerseits und
die Schwarze Adler-Apotheke, Neue Königstraße 50,
die Alexander-Apotheke, Alexanderstr. 8,
und die Schwarze Adler-Apotheke, Königstraße 51,
andererseits während der Zeit von 8 Uhr abends bis 7½ Uhr morgens — und am Sonntag von 2 Uhr nachmittags bis 7½ Uhr morgens des folgenden Montags — abwechselnd geschlossen bleiben, und zwar so, daß in jeder der beiden Gruppen abwechselnd stets eine Apotheke eine Woche lang den Nachtdienst versieht, während die beiden anderen geschlossen bleiben.

Berlin, 21. Februar 1917.

(Allg. 18. II. M. 5. 17.)

Der Polizeipräsident.
J. V.: Hoffmann. 985

Amtliche Bekanntmachungen.

Vom **Dienstag, den 20. Februar d. J.,** ab ist zur Herstellung einer Abendschnellverbindung zwischen Leipzig und Berlin ein Eilzug **E 29** zwischen Leipzig und Bitterfeld wie folgt eingelegt worden:

Leipzig Hbf. ab 9<u>22</u>,
Delitzsch .. an 9<u>41</u>,
" .. ab 9<u>42</u>,
Bitterfeld.. an 10<u>23</u>.

In Bitterfeld besteht durch Einrichtung eines Aufenthaltes Anschluß an den Schnellzug D 11 (Frankfurt [Main]—) Halle ab 9<u>56</u>, Bitterfeld ab 10<u>21</u>—Berlin Anh. Bf. an 12<u>22</u>. Vom gleichen Tage ist der Halt des Schnellzuges D 11 in Wittenberg aufgehoben.

Halle (Saale), den 20. Februar 1917.
Königliche Eisenbahndirektion. 986

Theater für Sonntag, den 25. Februar 1917.

Königliches Opernhaus.

54. Abonnements-Vorstellung. **Hoffmanns Erzählungen.** Phantastische Oper in drei Akten. Musik von J. Offenbach. Anfang 7 Uhr. — Montag, 55. Abonnements-Vorstellung. **Otello.** Oper in vier Akten von Giuseppe Verdi. Anfang 7 Uhr. — Dienstag, 56. Abonnements-Vorstellung. Die Hugenotten. Anfang 7 Uhr.

Königliches Schauspielhaus.

Mittags 12 Uhr: 144. Karten-Reservesatz. Zum Besten des Kriegshilfsvereins Berlin für den Kreis Ortelsburg (Ostpr.). **Die Fledermaus** von Johann Strauß. 2. Akt, mit Einlagen. — Abends 7½ Uhr: 56. Abonnementsvorstellung. **Die Märchentante.** Lustspiel in drei Akten von Otto Franz Gensichen. — Montag, 57. Abonnements-Vorstellung. **Könige.** Ein Schauspiel in drei Aufzügen von Hans Müller. Anfang 7½ Uhr. — Dienstag, 58. Abonnements-Vorstellung. Ludwig Thoma-Abend: Dichters Ehrentag. — Die kleinen Verwandten. — Brautschau. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches Opernhaus (Charlottenb.)
6½ Uhr: **Die Meistersinger von Nürnberg.**

Friedrich Wilhelmst. Theater.
3 Uhr: **Violetta. (La Traviata.)**
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
3½ Uhr: **Die Ehre.**
7½ Uhr: **Der Stolz der Familie.**

Kleines Theater.
3 Uhr: **Henriette Jacoby.**
7½ Uhr: **Der Raub d. Sabinerinnen**

Komische Oper.
3½ Uhr: **Heimat.**
7½ Uhr: **Der Puszta-Kavalier**

Lustspielhaus.
3 Uhr: **Charleys Tante.**
7½ Uhr: **Die schöne Kubanerin.**

Metropol-Theater.
2¾ Uhr: **Die Kaiserin.**
7<u>10</u> Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Neues Operettenhaus.
3 Uhr: **Der Vogelhändler.**
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater.
3 Uhr: **Die Haubenlerche.**
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
3 Uhr: **Johannisfeuer.**
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
3 Uhr: **Kater Lampe.**
7½ Uhr: **Der Herr im Hause.**

Thalia-Theater.
3 Uhr: **Blondinchen.**
7½ Uhr: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfplatz.
3½ Uhr: **Immer feste druff!**
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**

Theater des Westens.
3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**
7½ Uhr: **Die Fahrt ins Glück** mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater.
3½ Uhr: **Die Waise aus Lowood.**
7¾ Uhr: **Willis Hochzeitstag.**

Urania-Theater
Taubenstraße 48/49.
Sonntag und Montag, 8 Uhr:
Der Balkanzug und die befreite Donau.

WEIN-STUBEN HUTH
WEINGROSSHANDLUNG
BERLIN W · POTSDAMERSTR. 139 ECKE LINKSTR. NAHE PLATZ 935

Circus Busch
Sonntag 2 Vorstellungen:
3½ Uhr **„Die Geierprinzessin"** 3½ Uhr
Märchen-Prunk-Pantomime in 5 Akten.
1 angeh. **Kind** a. all. Sitzpl. **frei.**
7½ Uhr **„Die versunkene Stadt"** 7½ Uhr
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime in 1 Vorsp. u. 4 Akten v. Paula Busch.
In beiden Vorstellungen vorher:
= Das große Circus-Programm. =

WINTER GARTEN
= Heute = 2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 Uhr, Kl. Preise! Kinder die Hälfte. — In = beiden = Vorstellungen **Lillebil's Hochzeitsreise** — Abends 7½ Uhr
Inszenierung von **Max Reinhardt.**
Hauptdarsteller: **Hans Wassmann**
Lillebil Christensen, Katta Sterna, Ernst Matray
sowie der **große Februar-Spielplan.**

APOLLO THEATER
Heute **2** Vorstellungen.
Nachm. **3** Uhr. Abends **7½** Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Das vollständige
= Februar-Programm =
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse in 3 Bildern.
= Stürmische Heiterkeit! =

Palast Theater am Zoo
Letzter Sonntag!
Heute 2 Vorstellungen.
3½ Uhr Nachm. jed. Erw. 1 Kind frei. **7½** Uhr
In beiden Vorstellungen:
„Hallo, wer dort?"
und das **neue**
= Februar-Programm. =

Kurfürst
Anerkannt beste preiswerte Küche!
12 Kurfürstendamm 12
Neu! Neu!
= Lotte Erol =
Das grosse Talent! 940
u. das gewaltige Programm!
Kurfürst

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger
Heute nachmittag 3 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
= **Neues Programm!** =
Abends 7½ Uhr:
„Cabaret Feldgrau."
Reichshallen-Saal:
Großes Blüthgen-Concert.
Anfang heute 6 Uhr.

Philharmonie 991
Konzert des Philharmonischen Orchesters.
Dirigent: **Camillo Hildebrand.**
Sol.: J. Thornberg (Viol.).
Anfang **7½** Uhr. Eintritt **1 M.**

Gebrauchte 1/1
Sektkorke 26 Pfg. | **Weinkorke** 4 Pfg.
das Stück
und alle anderen Arten Korke
Film- & Zelluloid-Abfälle
kauft
S. Orbower, Berlin,
Georgenkirchstraße 50,
beim Alexanderplatz.
9—12, 3—6 Uhr.
306

Ersatz-Schmierseife
jetzt Waschmittel genannt, gut schäumend, für Wäsche und Hausputz, versende ich in Fässern von netto 55 Pfund zu 70 ₰ das Pfund ab hier gegen Nachnahme. 975
W. Lüdeking, Vlotho 151 a/d. Weser.

Guter Ton und Gute Sitte
von **E. Roska.** Eleganter Geschenkband. M 3,50 Nachn. 979
L. Schwarz & Co., Berlin S. 14.

Weinstuben Mitscher
Vorzügl. Küche
Französische Strasse 18

Dom-Konzert
am Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr
unter Mitwirkung des Königlichen Hof- und Domchors
unter Leitung von Herrn Professor **Hugo Rüdel,**
der Königlichen Hofopernsängerin Fräulein **Annemarie Birkenström,**
des Konzertsängers Herrn **Arthur van Eweyk,**
des Organisten an der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche Herrn **Walter Fischer** und
des Geigenkünstlerpaares
Herrn **Walter** und Frau **Mimy Schulze-Bussius**
zum Besten des Kinder-Rettungs-Vereins.

Karten zu 1, 2, 3, 5 Mark bei A. Wertheim, Bote & Bock, in der Domküsterei und in der Kanzlei des Kinder-Rettungs-Vereins, Charitéstrasse 2.

Zum Vortrag kommen u. a. durch den Domchor: drei grosse Psalmen und zwei Fest- und Gedenksprüche für 8stimmigen Chor a cappella von Brahms, durch Herrn und Frau Schulze-Bussius: das Largo aus dem Konzert für zwei Violinen und Orgel und das Adagio und Allegro aus der D-Dur-Sonate für zwei Violinen und Orgel von Bach. 980

Theatersaal der Königlichen Hochschule. — Freitag, 2. März, 7½ Uhr
„Das Flämische Volkslied."
Vortrag — Lieder, Chöre und Tanzaufführungen (Ballettkorps des Deutschen Opernhauses) aus dem 15., 16., 17. Jahrhundert, veranstaltet von
Albert Friedenthal. 984
Karten 5, 4, 3, 2, 1,50, 1 Mark bei Bote u. Bock, Wertheim und Abendkasse.

Delta
Deutsche Luftkriegsbeute-Ausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
Schirmherr Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen
Beutestücke von allen Fronten.
Eintritt 1 Mark. 786

Hotel Godesberger Hof
Bad Godesberg am Rhein
Vornehmes Hotel I. Ranges in unvergleichlich schöner Lage am Rhein, dem Siebengebirge gegenüber
Einzelwohnungen sowie Doppel- und Einzelzimmer mit Bad und Toilette
Winter- und Sommeraufenthalt
Grosser Park und Rheinterrassen-Restaurant
Vorzügliche Küche .·. Erstklassige Weine
Neuer Besitzer: **Th. Hauser**
früher Direktor des Grand-Hotel Victoria National in Basel 987
9 Auto-Remisen sowie Stallungen

Dr. Fischersche Vorbereitungs-Anstalt
Leit. Dr. Schünemann **Berlin W. 57,** Zietenstraße 22—23, für alle Militär- und Schulprüfungen, auch für Damen.
Hervorragende Erfolge. — Empfehlungen aus ersten Kreisen. 927
In **28 Jahren** best. **4727 Zögl.**, u. a. **3076 Fahnenj.**, 647 Ei j. usw.; 1916 u. a. 30 Abit. Bereitet zu allen Notprüfungen, **auch Beurl. oder Kriegsbeschäd.** z. Reifeprüf. vor.

Dr. Brauner'sche Höhere Knabenschule,
(alte Wieprecht'sche)
Berlin SW. 68, **Lindenstr. 103.**
Vorschule. Sexta bis Sekunda einschl. — Einjähriges. Gründl. Förderung schwach. Schüler. Kleine Klassen. Arbeitsstunden. Auf Wunsch Pension. Direktor **Mosentin.** 12—1, 4—5.

Nordsee-Paedagogium Südstrand-Föhr
Höhere Schule für Knaben und Mädchen. Kleine Klassen. **Einjährigen-Berechtigung.** Familiengruppen. — Stärkendes Klima. — Kurgemässe Verpflegung. — Aerztliche Fürsorge.

Charlottenburg, Berliner Strasse 39
Lyceum (höhere Mädchenschule) 982
in Verbindung mit der **Sprengel'schen Frauenschule.** Näheres mündlich oder schriftlich durch die Vorsteherin **Ida Klockow.** Sprechstunden wochentäglich 1—2 Uhr.

Militär-Vorbereitungs-Anstalt
für die Fähnrichprüfungen.
Nimmt nur Fahnenjunker und Kriegsfreiwillige, die übertreten. 1916 bestanden 498, seit Kriegsbeginn 1055. 630
BERLIN W 57, Bülowstr. 103, Dr. P. Ulich.

Berlin SW. 68, Alte Jacobstr. 124 II
Bismarck-Pädagogium gegr. 1874
Pension, Einj.-, Prim.-, Fähnr.-, Marine-, Abitur.-Vorbereitg., Dorfschüler 2½ Jah Oberrealabitur. bestand. Gleich vorzügl. Erfolg seit 43 Jahr. Briefl. Vorberto.
Prospekt kostenlos.

Einjährigen-Prüfung
nach kurzer Vorbereitung gute Erfolge
Paedagogium Giessen (Ob.-Hessen)

Junger Nerven-Krankenpfleger, 989
Schweizer Staatsangehöriger, wünscht nervenkranken Herrn zu pflegen. Näheres erbittet **Bernh. Riesen,** Wuhlgarten, **Biesdorf** b. Berlin.

Feingebildete Junge Dame,
musikalisch, die fliessend und richtig Französisch spricht, bei hohem Gehalt als Erzieherin und Gesellschafterin für meine 13jährige Tochter gesucht.
Frau **Küster,** 967
Weimar, Johann Albrechtstr. 15.

= Stubenmädchen =
mit guten Zeugnissen bei hohem Lohn und guter Behandlung für sofort oder später für meinen Haushalt gesucht.
Frau **Küster,** 966
Weimar, Johann Albrechtstr. 15.

Baracken liefert sofort **Dickmann,** BERLIN 57 937
Katalog und Anschlag gratis
ca. 700 Baracken während d. Krieges gebaut.

Rarität! 990
1909er Haut Sauternes, süsser Bordeaux . . . . **Mk. 8.—** p. Fl.
1904er Chât. Bel Avenir, roter Burgunder . . . . " **8.—** " "
1900er Château St. Pierre . . . . " **7.—** " "
Nachnahme. **E. Hahn,** Weingrosshandlung, **Berlin,** Markgrafenstrasse 8.

= Köchin =
mit guten Zeugnissen bei hohem Lohn und guter Behandlung für sofort oder später für meinen Haushalt gesucht.
Frau **Küster,** 965
Weimar, Johann Albrechtstr. 15.

Ich suche erfahrene, kath.
Erzieherin
für baldigst zu meinen beiden Kindern. Junge 12 Jahre, Mädchen 5 Jahre; erwünscht wäre Latein. Liebenswürdig und heiter im Umgang. Zeugnisse und Gehaltsansprüche erbeten.
Frau **Maria Pilters, Crefeld,**
v. Beckerathstr. 18. 946

Suche zum April für Stadt und Land für zwei größere Kinder ungeprüfte, zuverlässige, bewährte
Erzieherin
od. Kindergärtnerin 1. Kl., perfekt Englisch u. Französisch, Beaufsichtigung der Schularbeiten u. Körperpflege erforderlich. Musik u. Handarbeit erwünscht. Baronin **Kap-herr, Hannover,** Hohenzollernstr. 20. 947

Evang. Kindergärtnerin 1. Kl.
zum 15. 4. 17 zu 8jähr. Tochter ges. Selbige muß Unterricht erteilen, Körperpflege d. Kind. übern., gut schneidern können. Kinderliebes, heiteres, bescheid. Wesen Bedingung. Gehalt 45 M monatl. Familienanschl. Bewerberinnen mit nur guten Zeugn. mögen sich unter Einsendung von Bild und Zeugnisabschriften wenden an Frau **Dr. Meyer, Gostyn,** Prov. Posen. 945

Gesucht zum 1. März 948
junges Mädchen
mit vollständiger Lyzealschulbildung zur Beaufsichtigung der Schularbeiten eines 11jähr. u. zur Pflege eines 1½jähr. Töchterchens.
Schulze-Bergede, Gutsbesitzer, **Bergede,** Kr. Soest, Westf.

Ich suche für meine 3 Kinder (7—10 J.) ein
gebildetes Fräulein
mit Töchterschulbildung, nicht unter 20 J.; Unterstützung im Haushalt, etwas Nähen u. Plätten erwünscht. Küchenmädchen u. Putzfrau vorhanden. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Lebenslauf u. Bild zu richten an Frau Fabrikbesitzer **Alfred Sprenger, Iserlohn.** 944

Zum 1. 4. 17 gesucht tüchtige, selbsttätige
Wirtschafterin 949
für größeren Landhaushalt. Frau Rittergutsbesitzer **Herter, Zion** (Kreis Züllichau-Schwiebus), Post Bräz (Kreis Meseritz).

Stütze.
Suche zum bald. Antritt in allen Zweigen eines ländl. Haush. erfahr., bescheid. Fräulein, das tüchtig im Kochen, Nähen u. gerne selbsttätig ist. Mädchen vorh. Offert. m. Zeugnisabschr., Gehaltsanspr. und Bild erb. Frau Mühlengutsbesitzer **Link, Obramühle** b. Schwerin a. Warthe. 943

Zum 1. März gebildete, ältere, zuverlässige
Stütze,
tüchtig im Kochen, Nähen, Einmachen und allen häusl. Arbeiten, für Dauerstell. gesucht. Privathaush. von 4 Perf. Mädchen vorh. Angeb. m. Zeugn., Bild, Gehaltsansprüchen an Frau **Carl Jansen, Nienburg/W.,** Prov. Hannover. 950

Suche zum 1. April aufs Land
Jungfer, 942
die schneidern und frisieren kann. Frau **von Jagow, Hofgeismar,** Bez. Cassel.

Suche für meine Tochter, evangel., staatl. geprüft f. Lyzeen, zu Ostern Stellung als
Erzieherin
auf dem Lande bei Familienanschluß. 951
L. Jäger, Braunschweig, Cellerstr. 84.

Geb. Dame, 34 J., f. erf. i. Kochen u. Haush., sparf. u. selbständ., symp. Ersch., s. w. Aufs. d. Haush. Stellung als
Hausdame.
Freundl. Angeb. m. Gehaltsang. an 941
Frl. **Wernicke, Jena,** Wildstr. 5.

Spedition
Robert Haberling
Berlin, Köthener Str. 38.
Verzollung Lagerung
Ausland-Verkehr. 15
Automobil-Spedition

Metallbetten
Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten
billigst an Private. Katalog frei. 181
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Emser Wasser

Möbel Gelegenheitskauf.
Einige hervorragend schöne **Herren-** und **Speisezimmer** sowie einzelne **Ledermöbel** auch **ganze Einrichtungen** kurze Zeit vermietet gewesen, so gut **wie neu, enorm billig**
M. Markiewicz G. m. b. H.
Berlin W. **Markgrafenstrasse 41.**

Bilanz am 30. September 1916.

Aktiva.		M	₰
Kassa-Konto . . .	7 596,33		
Bankguthaben . . .	928 883,55	936 479	88
Effekten-Konto		999 343	75
Grundstücks-Konto Rudow . .		42 831	65
Debitoren		319 838	44
Konto in Ausführung begriffener Bauten		824 147	80
Hypotheken-Konto		70 000	—
Kautionen-Konto in Avalwechseln M 125 050,—			
Baumaterialien-Konto		132 851	50
Tiefbau-Maschinen- u. Geräte-Konto		80 000	—
Maurer-Rüstung- und Geräte-Konto		1	—
Zimmerei-Rüstung- u. Geräte-Konto		1	—
Hochbau-Maschinen-Konto . .		1	—
Platzeinrichtungs-Konto . .		1	—
Kontor-Mobilien- u. Utensilien-Konto		1	—
		3 405 498	02

Passiva.	M	₰
Aktienkapital-Konto	2 000 000	—
Reservefonds Konto	200 000	—
Spezial-Reservefonds-Konto .	250 000	—
Talonsteuer-Reserve-Konto . .	20 000	—
Revisions-Konto	50 000	—
Dividenden-Konto	800	—
Kreditoren	548 334	24
Kautionen-Aval-Konto M 125 050,—		
Gewinn- und Verlust-Konto .	336 363	78
	3 405 498	02

Gewinn- und Verlust-Konto am 30. September 1916.

Soll.		M	₰
Abschreibungen		232 473	46
Reingewinn vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916	M 304 473,03		
hierzu Vortrag aus 1914/15 . .	31 890 75	336 363	78
		568 837	24

Haben.	M	₰
Gewinn-Vortrag aus 1914/15	31 890	75
Gewinn auf Bauten-Konto abzüglich sämtlicher Unkosten .	435 568	10
Zinsen und Skonti	101 378	39
	568 837	24

Die auf **12%** festgesetzte **Dividende** ist gegen Einlieferung des Dividendenscheines Nr. 10 mit M 120,— bei den Kassen der **Commerz- und Disconto-Bank, Berlin** und **Hamburg,** der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin** und des **A. Schaaffhausen'schen Bankverein Aktiengesellschaft, Köln a. Rh.,** zahlbar. 983

Berlin, den 23. Februar 1917.
Held & Francke Aktiengesellschaft
Schindler.

Club-Sessel und **Sofas,**
Leder und Stoff, hochf. Arbeit, wie neu, kurze Zeit in der 960
Grossen Kunst-Ausstellung
Dahlheim gestanden, verk. preiswert
H. Lipke, Koch-Str. No. 8.
Wochent. bis 7 Uhr Ab., Sonnt. 12—2 Uhr.

Otto Weber's Trauer-Magazin 296
nur BERLIN
Mohrenstr. 45,
Eckhaus.
Gegr. 1872.
Auswahlsendungen jederzeit bereitwilligst.

Pietät
Beerdigungsanstalt
Otto Weber's Trauermagazin
angegliedert 297
Erd- u. Feuerbestattungen
zu mässigen Preisen
Ueberführung gefallener Krieger
Berlin, Mohrenstr. 45
Amt Zentrum 2055.

Familien-Nachrichten
(aus anderen Zeitungen).

Verlobt: Frl. Erna Carstens (Gr. Flottbeck) mit Hrn. Offiz.-Aspirant Richard Göhre. — Frl. Frieda Brehme (Altona) mit Hrn. Kaiserlichen Marine-Stabsarzt Dr. med. Heinr. Remstedt. — Frl. Marga Hirsch mit Hrn. Oberlehrer Josef Keibel (Berlin).

Vermählt: Hr. Leutnant d. R. Josef von Pidoll mit Frl. Gerda Becker (Cöln). — Hr. Ernst von Ohlerich mit Frl. Martha Waldvogel (Cöln).

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Otto Scheumann (Solingen). — Hrn. Rittmstr. von Mörner (Berlin). — Eine Tochter: Hrn. Hauptmann Detlef Simon (Cöln-Marienburg). — Hrn. Leutnant Siegfried Schlegtendal (Bonn). — Hrn. Hauptmann von Helder (Berlin). — Hrn. Lehrer Rudolf Behrendt (Ludwigsaue).

Gestorben: Hr. Kapitän Fr. Walter Richter (Hamburg). — Hr. Dr. Hugo Niebergall (Berlin). — Hr. Königlicher Oberförster Friedrich Hoack (Oberförsterei Thiergarten). — Hr. Eduard Nußlau (Schöneberg).

Verantwortlicher Redakteur: **O. Runge.** Für Inserate, Reklame und Geschäftliche Mitteilungen verantwortlich: **G. Funder.** Beide in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.